

Hans Rattinger

Einstellungen zur Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten: Ein Vergleich von Befunden und Strukturen in den späten achtziger Jahren

1. Einleitung: Hintergrund und Problemstellung

In der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik haben Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in der politischen Diskussion - und damit auch in der öffentlichen Meinung - in drei Phasen eine besondere Rolle gespielt¹. In den fünfziger Jahren waren Westintegration, Wiederbewaffnung und Kernwaffenstationierung Gegenstand erbitterter Kontroversen, nicht zuletzt deshalb, weil in diesem Kontext auch Weichenstellungen in der Deutschen Frage unvermeidlich waren. In den frühen siebziger Jahren wurde die Ostpolitik der neuen sozialliberalen Koalition kaum weniger heftig umkämpft; die Bundestagswahl 1972 und ihr Vorspiel waren von diesen Auseinandersetzungen entscheidend geprägt². Die dritte und bis in die Gegenwart reichende Periode erhöhter öffentlicher Aufmerksamkeit für diesen Politikbereich folgte auf den NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979.

Vorzeichen dieser erneuten Politisierung der Thematik waren bereits anlässlich der Diskussion um die Stationierung von Neutronenwaffen in Europa während der Carter-Administration erkennbar geworden, aber die Nachrüstungskomponente des Doppelbeschlusses potenzierte die Intensität der Konflikte und bewirkte eine Klärung und Verschiebung der Fronten und der innenpolitischen Schlachtordnung. Ohne den Bedeutungszuwachs der sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen sind weder der folgende Zulauf zu den Grünen und zur Friedensbewegung und ihren Aktionen erklärbar noch die faktische Distanzierung großer Teile der SPD von ihrem Kanzler Helmut Schmidt, die eine der Ursachen für das Zerbrechen der sozialliberalen Koalition war (wenn auch vielleicht nicht die entscheidende). Der nachfolgende Wahlkampf ging als

1 Vgl. hierzu u.a.G. Schweigler, *West German Foreign Policy: The Domestic Consensus*, Beverly Hills: Sage 1983; J.M. Mushaben, *Cycles of Peace Protest in West Germany: Experiences from Three Decades*, in: *West European Politics*, 8. Jg. 1985, S. 24-40; M. Cioc, *Pax Atomica: The Nuclear Defense Debate in West Germany During the Adenauer Era*, New York: Columbia University Press 1988; S.F. Szabo, *Post-INF Germany: The Changing Politics of Defense in the Federal Republic* (Manuskript, Woodrow Wilson International Center for Scholars), Washington, D.C. 1988.

2 Vgl. H. Garding, *Ostpolitik und Arbeitsplätze: Issues 1972 und 1976*, in: D. Oberndörfer (Hrsg.), *Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot 1978, S. 327-390.

"Raketenwahlkampf" in die Annalen ein, obwohl sich dann der tatsächliche Einfluß der Stationierungsfrage auf die Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1983 eher in Grenzen hielt³.

Hoffnungen, die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber sicherheitspolitischen Fragen würde nach dem Beginn der Raketenstationierung wieder auf das früher gewohnte Niveau absinken, gingen nicht ganz in Erfüllung. Aktionen der Friedensbewegung nahmen zwar nach Häufigkeit und Intensität stark ab. Die Wiederaufnahme der Ende 1983 abgebrochenen Genfer Rüstungskontrollverhandlungen über INF-Systeme im Frühjahr 1985 und der erneute Machtwechsel in der Sowjetunion, der zu einer wesentlich flexibleren Haltung führte, sorgten aber dafür, daß die Thematik nicht von der Bildfläche verschwand. Obwohl die Stationierung amerikanischer Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa seit Ende 1983 plangemäß voranging, stellte diese erneute Verfolgung der Verhandlungskomponente des Doppelbeschlusses in Aussicht, seine Nachrüstungskomponente zumindest zu begrenzen, wenn nicht wieder zu reduzieren oder sogar ganz zurückzunehmen. Wäre die Nachrüstung bei fortdauernd gespannten Beziehungen zwischen den Supermächten abgeschlossen und über einige Jahre hinweg Grundlage des Status quo geworden, hätten diese Hoffnungen vielleicht in Erfüllung gehen können, so aber wurde die Problematik zum öffentlichen "Dauerbrenner"; die Kritik an der Raketenstationierung ging in die Hoffnung auf ihre Revision durch Rüstungskontrolle über.

Daß sicherheitspolitische Themen dennoch für die Bundestagswahl im Januar 1987 und im vorangehenden Wahlkampf eher eine geringere Rolle als 1983 spielten⁴, hat mehrere Ursachen. Erstens hatte die SPD aus der Bundestagswahl 1983 die Lehre ziehen müssen, daß dieser Politikbereich - trotz aller öffentlichen Diskussionen und Demonstrationen - nur für einen relativ kleinen Teil der Wähler direkt wahlrelevant ist, so daß sie es im Hinblick auf die Mobilisierbarkeit ihrer Klientel vorzog, wirtschaftliche Schwierigkeiten - vor allem die Arbeitslosigkeit - und das Feld der Sozialpolitik im Wahlkampf zu thematisieren. Zweitens hatten umweltpolitische Probleme im Vorfeld der Wahl einen beträchtlichen Bedeutungszuwachs erfahren, besonders durch den Reaktorunfall in Tschernobyl und die massive Vergiftung des Rheins durch ein Unglück im Chemiekonzern Sandoz in Basel. Drittens schließlich zeichnete sich zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1987 angesichts der deutlich verbesserten Beziehungen zwischen den Supermächten und nach dem Gipfeltreffen von Reykjavik ein Rüstungskontrollabkommen über die INF-Systeme bereits ab, auch wenn die endgültigen Konturen der wenige Monate später vereinbarten doppelten Null-Lösung (d.h. völliger weltweiter Abbau von atomar bestückten landgestützten Raketen und cruise missiles mit Reichweiten über 500 Kilometern, aber unterhalb strategischer Reichweiten) noch nicht ganz klar erkennbar waren.

3 J.W. Falter/H. Rattinger, Die Bundestagswahl 1983: Eine Normalwahlanalyse, in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hrsg.), *Wahlen und politischer Prozeß*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1986, S. 289-337.

4 Vgl. M. Berger/W.G. Gibowski/M. Jung/ D. Roth/W. Schulte, Die Konsolidierung der Wende: Eine Analyse der Bundestagswahl 1987, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 18. Jg. 1987, S. 253-284, S. 277ff.

Man hätte nun erwarten können, daß nach dem INF-Vertrag, der im Dezember 1987 in Washington unterzeichnet (und beiderseits inzwischen ratifiziert) wurde, dieser Politikbereich die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit wieder verlieren würde. Das INF-Abkommen machte schließlich den größten Teil der früheren Kontroversen seit Beginn der achtziger Jahre gegenstandslos. Es beseitigte das Problem der sowjetischen Überlegenheit im INF-Bereich zusammen mit seiner Lösung, der Nachrüstung der NATO, die selbst zum Problem hinsichtlich ihrer sozialen Akzeptanz geworden war. Da weitgehender Konsens darüber besteht, daß sicherheitspolitische Fragen für große Teile der Wählerschaft zumeist von relativ geringer persönlicher Zentralität sind⁵, wäre die Rückkehr zur "Normalität" etwa der sechziger und siebziger Jahre (wenn man von dem Kampf um die Ostpolitik absieht) durchaus denkbar gewesen. Eine solche Entwicklung wäre auch dadurch begünstigt worden, daß den Grünen durch diesen Vertrag ein wichtiges Sachthema entwertet wurde, daß ferner die SPD heute in sicherheitspolitischen Fragen einerseits weniger gespalten und andererseits von den anderen etablierten Parteien weniger entfernt ist als noch vor wenigen Jahren.

Daß diese Erwartung bisher nicht in Erfüllung gegangen ist - und es wahrscheinlich mittelfristig auch nicht wird - hat eine Reihe von Gründen innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik. In der Bundesrepublik selbst fand der INF-Vertrag breite Zustimmung⁶, und er hat gewissermaßen den Wunsch nach mehr geweckt. In Vorkehrungen traditioneller militärischer Sicherheitspolitik ist die Bundesrepublik nun schon seit fast 35 Jahren eingebunden, aber die Teilnahme an tatsächlicher Rüstungskontrolle (wenn bei INF auch nicht als Vertragspartner) ist etwas Neues. Der Hunger kommt mit dem Essen, sagt man. Zahlreiche sowjetische Initiativen und Vorschläge aus den Monaten nach dem Vertragsabschluß wirken zusätzlich appetitanregend, zumal die Sowjetunion mit diesem Vertrag gezeigt hat, daß sie - zumindest numerisch - zu stark asymmetrischen Abkommen bereit ist; vielleicht ließe sich derlei sogar wiederholen! Ankündigungen östlichen Unilateralismus (wie im Dezember 1988 beim Besuch des sowjetischen Generalsekretärs in den Vereinigten Staaten und anschliessend von Verbündeten im Warschauer Pakt, einschließlich der DDR) führen zu der Frage nach der Notwendigkeit westlicher Gegenleistungen und stellen die Friedfertigkeit der anderen Seite in ein besonderes Licht. Schließlich hat die NATO seit dem INF-Vertrag ihre eigenen, hausgemachten Probleme. Das Abkommen hatte im Westen durchaus seine Gegner, auch in der Bundesrepublik⁷. In diesem Zusammenhang sieht man in der NATO seit der dem Ver-

5 Siehe H. Rattinger/P. Heinlein, *Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung: Umfrageergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zum "heißen Herbst" 1983*, Berlin: Wissenschaftlicher Autoren Verlag 1986, S. 58ff. Für die USA s. die grundlegende Arbeit von G. Almond, *The American People and Foreign Policy*, New York: Praeger 1950.

6 Vgl. H. Rattinger, *The INF-Agreement and Public Opinion in West Germany*, in: D. Dewitt/H. Rattinger (Hrsg.), *East-West Arms Control: The New Challenges*, London: Routledge 1989.

7 Zum Hintergrund der neueren Auseinandersetzungen vgl. D.S. Yost, *West German Party Politics and Theater Nuclear Modernization Since 1977*, in: *Armed Forces and Society*, 8. Jg. 1982, S. 525-560. Zur Situation vor und nach Abschluß des INF-Vertrages vgl. J. Dean, *The INF Agreement: Pluses and Minuses for Western Security*, in: *Arms Control Today*

trag vorausgehenden Diskussion die Gespenster der "Entnuklearisierung" Europas und - als Gegenmittel - der "Modernisierung" der landgestützten nuklearen Kurzstreckenraketen des Westens (d.h. bis 500 km Reichweite). Besonders die letztere Idee verhindert, daß die Befassung der Öffentlichkeit mit Sicherheitspolitik wieder zurückgeht, denn sie stellt eine neue Runde von Raketenstationierung in Aussicht, vor allem in der Bundesrepublik. Indem sie die Wichtigkeit eines rüstungskontrollpolitischen "Gesamtkonzepts" der NATO betont⁸, spielt die Bundesrepublik auf Zeit: Weder über eine solche Modernisierung noch über eine eventuelle dritte Null-Lösung soll vor dem Vorliegen eines derartigen Gesamtkonzepts entschieden werden. Neuerdings versucht die Bundesregierung, diese Entscheidungen noch weiter hinauszuzögern, zumindest bis nach der Bundestagswahl 1990, wie der neue amerikanische Außenminister Baker bei seinem ersten Besuch in Bonn erfahren mußte.

Durch diese zögernde Haltung gegenüber einer erneuten Nachrüstungsentscheidung bestätigt die Bundesregierung zwei grundlegende Prämissen dieses Beitrags, daß nämlich erstens auch nach dem INF-Vertrag die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik gegenüber sicherheitspolitischen Problemstellungen sensibel geblieben ist und daß zweitens die öffentliche Meinung dem Aktionsradius der Sicherheitspolitik gewisse Restriktionen auferlegt. Wenn die Bundesregierung trotz der klar geäußerten Präferenzen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zu einer Modernisierungsentscheidung vor der Bundestagswahl 1990 nicht bereit ist und damit Konflikte mit den NATO-Partnern in Kauf nimmt, dann spiegelt dies die Sorge um fehlende gesellschaftliche Akzeptanz wieder. Unabhängig davon, wie wahlrelevant dieses Akzeptanzdefizit 1990 tatsächlich werden würde, bestehen nach den Erfahrungen mit der ersten Nachrüstungsrunde kaum Gelüste, einen erneuten "Raketenwahlkampf" mit allen seinen Risiken zu führen. Daß die antizipierte Opposition nicht vernachlässigbarer Teile der öffentlichen Meinung die Kraft hat, die Bundesregierung zur Verzögerungstaktik zu bewegen, verdeutlicht, daß auch in den ausgehenden achtziger Jahren die Beschäftigung mit sicherheitspolitischen Einstellungen in der Bundesrepublik und ihren Strukturen nicht ausschließlich ein akademisches Gasperspiel ist, sondern sehr wohl auch praktische Bedeutung hat.

Warum aber erfolgt dies hier in Form des Vergleichs von Einstellungen zur Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten? Daß der Verfasser anderwärts bereits mehrere auf die Bundesrepublik beschränkte Untersuchungen vorgelegt hat⁹, ist eher ein trivialer Grund. Schon bedeutungsvoller ist, daß ein solcher Ver-

(July/August), 17. Jg. 1987, S. 3-10, M.R. Gordon, INF: A Hollow Victory?, in: *Foreign Policy*, 1987, H. 68, S. 159-179; C. Gasteyger, Europa nach dem INF-Abkommen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1988, H. 10, S. 3-10; F. Heisbourg, Nach dem INF-Abkommen von Washington: Für eine Weiterentwicklung der Grundlagen des Atlantischen Bündnisses, in: *Europa-Archiv*, 43. Jg. 1988, S. 119-128.

8 Vgl. D. Mahncke, A Comprehensive Concept for Security and Arms Control in Europe, erscheint in: D. Dewitt/H. Rattinger (Hrsg.), *East-West Arms Control: The New Challenges*, London: Routledge 1989.

9 Neben der bereits zitierten Arbeit (Anm. 5) s. vor allem Hans Rattinger, *The Federal Republic of Germany: Much Ado About (Almost) Nothing*, in: G. Flynn/H. Rattinger (Hrsg.), *The Public and Atlantic Defense*, Totowa, N.J.: Rowman & Allanheld 1985, S. 101-174; ders.,

gleich selbstverständlich besonders geeignet ist, nationale Eigenheiten sichtbar zu machen. Ganz spezifisch sprechen aber die folgenden Überlegungen für einen solchen Versuch:

Erstens ist über die achtziger Jahre hinweg die öffentliche Meinung zur Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik zu einer der zentralen Quellen amerikanischer Besorgnisse über die deutsche Zuverlässigkeit in der NATO geworden. Die Bundesrepublik spielt in der NATO aufgrund ihrer Lage und ihres Bündnisbeitrags eine herausgehobene Rolle, so daß ihre innenpolitischen Kontroversen von amerikanischer Seite mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Die Reservationen der Grünen und von Teilen der SPD gegenüber der NATO und der etablierten westlichen Sicherheitspolitik werden - vor allem von Konservativen in den USA - als Alarmsignal aufgefaßt, besonders deshalb, weil sie vor dem Hintergrund einer öffentlichen Meinung eingeschätzt werden, die als zunehmend antiamerikanisch, neutralistisch und pazifistisch wahrgenommen wird. Besonders häufig sind derartige amerikanische Bedenken, um nicht zu sagen Kritik und Anklagen, im Zusammenhang mit der Denkfigur der "successor generation"¹⁰ anzutreffen, wonach sich die Erosion der Akzeptanz der bisherigen militärischen Sicherheitspolitik vor allem auf die jüngeren Generationen konzentrierte, so daß durch biologische Entwicklungen eine weitere Verschärfung dieser Problematik unausweichlich sei.

Dabei geht es beileibe nicht nur um Analyse, sondern praktische Folgerungen sind schnell gezogen: Wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik die gewohnten Sicherheitsarrangements immer weniger unterstützt und ihr die Bereitschaft für einen "adäquaten" Beitrag zu ihrer eigenen Sicherheit und zum Bündnis immer schwerer abzugewinnen ist, warum sollten sich dann die Vereinigten Staaten weiter an den Lasten der Truppenstationierung in Europa beteiligen und durch erweiterte nukleare Sicherheitsgarantien ("extended deterrence") Risiken eingehen¹¹, die über die Sicherung der "Festung Amerika" hinausgehen? Solche Überlegungen und Argumente sind natürlich auch politischer und taktischer Natur - und in diesem Fall gegenüber irgendwelchen empirischen Evidenzen weitgehend immun. Deshalb ist es auch nicht Ziel dieses Beitrages zu dokumentieren, daß derartige Bedenken gegenüber der Entwicklung der öffentlichen Meinung zur Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik unbegründet sind. Vielmehr ist es ein erstes Anliegen, durch den Vergleich mit den USA eine Vorstellung davon zu erhalten, inwiefern solche Befunde für die Bundesrepublik, die als bedrohlich oder kritikwürdig

Change Versus Continuity in West German Public Attitudes on National Security and Nuclear Weapons in the Early 1980s, in: *Public Opinion Quarterly*, 51. Jg. 1987, S. 495-521; ders., Development and Structure of West German Public Opinion on Security Issues in the 1980s, in: D. Munton/H. Rattinger (Hrsg.), *Debating National Security: The Public Dimension*, Boulder, Col.: Westview 1989; ders., The Bundeswehr and Public Opinion, in: S.F. Szabo (Hrsg.), *The Bundeswehr and Western Security*, London: Macmillan 1989.

10 Vgl. S.F. Szabo, West Germany: Generations and Changing Security Perspectives, in: ders. (Hrsg.), *The Successor Generation: International Perspectives of Postwar Europeans*, London: Butterworths 1983, S. 43-75.

11 Zum Begriff der "erweiterten Abschreckung" und ihren Problemen s. S.J. Cimbala, *Extended Deterrence*, Lexington, Mass.: Lexington Books 1987.

herausgestellt werden, tatsächlich nationale Besonderheiten darstellen oder aber ihre Entsprechung in den Vereinigten Staaten selbst finden.

Ein zweiter Anlaß, einen solchen Vergleich gerade für die späten achtziger Jahre zu versuchen, ist die Entwicklung der internationalen Situation. Die oben skizzierten Sorgen in den USA über die "German uncertainties" haben durch die Rüstungskontrollpolitischen Initiativen des Generalsekretärs der KPdSU und seine hohe Popularität weiteren Auftrieb erhalten. In den Vereinigten Staaten wird befürchtet, daß dadurch in Westeuropa und besonders in der Bundesrepublik das Verständnis für vom Osten ausgehende Gefahren und Bedrohungen gänzlich erlischt, was eine weitere Erosion der Akzeptanz militärischer Sicherheitspolitik im Rahmen der westlichen Allianz zur Folge haben könnte. Auch hier stellt sich die Frage, inwiefern solche Tendenzen (in den USA zusammenfassend oft als "Gorbatschow-Effekt" bezeichnet) möglicherweise auch in den Vereinigten Staaten selbst zu beobachten sind.

Ein weiterer Grund für den Vergleich besteht darin, daß militärische Sicherheitspolitik in beiden Ländern in den nächsten Jahren von der Ressourcenseite her unter Druck geraten dürfte. In den Vereinigten Staaten begrenzt das Haushaltsdefizit die Möglichkeiten, die während der Reagan-Administration erfolgte Expansion des Rüstungshaushalts fortzusetzen. Im Präsidentschaftswahlkampf 1988 spielte dieses Thema eine große Rolle, vor allem auf Seiten des demokratischen Kandidaten, und der erste Etatentwurf der Bush-Administration begrenzt den Anstieg der Verteidigungsausgaben bereits auf den Inflationsausgleich. In der Bundesrepublik stehen einerseits militärische Entwicklungs- und Beschaffungsentscheidungen von erheblicher finanzieller Reichweite an, andererseits Finanzierungsprobleme des Gesundheits- und Rentensystems. Für beide Länder ist zu vermuten, daß die öffentliche Meinung Entscheidungen für den Verteidigungsbereich und gegen die Haushaltskonsolidierung bzw. das soziale Sicherungsnetz um so weniger akzeptieren wird, je mehr die Ost-West-Beziehungen durch Entspannung, Kooperation und Rüstungskontrolle gekennzeichnet sind. Diese Ressourcenprobleme sind zwar nicht völlig identisch, aber hinreichend ähnlich, um den Vergleich zwischen sicherheitspolitischen Einstellungen in beiden Ländern als Hintergrund für die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet als nützlich und interessant erscheinen zu lassen.

Wie wird dieser Vergleich in diesem Beitrag nun im einzelnen aussehen? Zunächst werden im folgenden Abschnitt Datenbasis und Auswertungsverfahren kurz charakterisiert. Danach folgt eine weitgehend deskriptive Gegenüberstellung von Befunden zu einer Reihe von Einstellungen zur Sicherheitspolitik und zum atlantischen Bündnis in der Bundesrepublik und den USA, die in dem Datenmaterial in gleicher oder ähnlicher Form vorgefunden werden konnten. Der nächste Abschnitt behandelt Zusammenhänge zwischen diesen Einstellungen einerseits und einigen sozialstrukturellen Merkmalen und parteipolitischen Präferenzen andererseits. Dabei wird es vor allem darum gehen, die Polarisierung der öffentlichen Meinung zu diesem Politikbereich in den beiden Ländern nach dem Alter und der Parteibindung zu vergleichen. Im letzten Abschnitt erfolgt schließlich eine kurze Untersuchung einiger Beziehungen zwischen verschiedenen sicherheitspolitischen Attitüden.

2. Die Datenbasis

Diese Arbeit beruht nicht auf eigener paralleler Datenerhebung in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik. Sie berichtet die Ergebnisse von Sekundäranalysen, woraus sich erhebliche inhaltliche und methodische Beschränkungen ergeben. Sie basiert für die Bundesrepublik auf der 1987 von EMNID für das Bundesministerium der Verteidigung durchgeführten Umfragestudie "Meinungsbild zur wehrpolitischen Lage", für die USA auf den Erhebungen des "Americans Talk Security"-Projekts. Die EMNID-Studie gehört zu einer Serie jährlicher Befragungen, die bis in das Jahr 1962 zurückreicht. Die 1987er Erhebung erfolgte durch persönliche Befragung zwischen Ende Juli und Mitte August bei einer Zufallsstichprobe der bundesrepublikanischen Bevölkerung (ohne West-Berlin) ab 18 Jahren (N=1968). Leider standen nicht die Originaldaten zur Verfügung, sondern nur die umfangreichen Kreuztabellierungen des EMNID-Berichts¹², was die Auswertungsmöglichkeiten der deutschen Daten stark beschränkte.

Im Rahmen des von privater Seite finanzierten "Americans Talk Security" (ATS) Projekts wurden von Oktober 1987 bis Dezember 1988 insgesamt zwölf Telefonumfragen mit ausschließlich sicherheitspolitischem Gehalt bei jeweils rund tausend registrierten Wählern in den Vereinigten Staaten durchgeführt¹³. Verglichen mit der EMNID-Studie, waren die Fragenkataloge jeweils etwa doppelt so lang, so daß ATS insgesamt einen wesentlich breiteren Themenbereich abdeckt. Die Auswahl der einzubeziehenden Merkmale mußte deshalb von der deutschen Studie ausgehen, die überdies eine Reihe von Fragen enthielt, zu denen es in den amerikanischen Daten keine Entsprechung geben konnte (z.B. zu Friedensbewegung, Wehrpflicht oder Verhältnis zu Stationierungsgruppen). Für diejenigen Fragen in der deutschen Umfrage, zu denen in den ATS-Studien gleiche oder ähnliche Fragen gefunden werden konnten, wurden die von EMNID vorliegenden einfachen Auswertungen (Häufigkeitsverteilungen und Kreuztabellen) mit dem amerikanischen Material repliziert, das vollständig maschinenlesbar vorlag. Dabei handelt es sich um einen gemeinsamen Bestand von rund eineinhalb Dutzend Fragen (zu ihrem Wortlaut s. den Anhang), die verschiedene Teilbereiche des sicherheitspolitischen Einstellungsraums abdecken. Ihre inhaltliche Klassifikation wird im folgenden Abschnitt behandelt.

Zuvor jedoch ist noch kurz auf einen wichtigen Unterschied zwischen den beiden Datenquellen einzugehen. Die EMNID-Studie ist repräsentativ für die Bevölkerung ab 18 Jahren, die ATS-Umfragen erfaßten dagegen nur registrierte Wähler. Im Durchschnitt der Präsidentenwahljahre 1972 bis 1984 waren 68,6 Prozent der Amerikaner in wahlbe-

12 Dem Bundesministerium der Verteidigung sei an dieser Stelle für die Überlassung dieses Materials gedankt.

13 Die einzelnen Umfragen des ATS-Projekts wurden von Market Opinion Research, Marttila & Kiley und der D. Yankelovich Group durchgeführt. Berichte und Datensätze sind grundsätzlich frei zugänglich. Berichte und weitere Informationen über das Projekt können angefordert werden von: ATS, 83 Church Street #17, Winchester, Mass. 01890, USA. Den Vertrieb der Daten besorgt das Roper Center der University of Connecticut in Storrs.

rechtigtem Alter registriert¹⁴, 1988 dürfte die Größenordnung ähnlich gewesen sein. Die Wahrscheinlichkeit der Registration ist aber keine Zufallsgröße, sondern sie hat systematische Ursachen, so daß sich die registrierten Wähler von der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren signifikant unterscheiden werden. So ist vor allem zu erwarten, daß die registrierten Wähler im Mittel älter und gebildeter sind und einen höheren sozioökonomischen Status haben.

Tabelle 1: Vergleich der ATS-Stichproben mit der amerikanischen Gesamtbevölkerung nach Alter, Bildung, Einkommen und Berufsgruppe

	Ämtliche Werte 1986	Mittel der ATS-Studien	Anzahl der einbezogenen ATS-Studien
Mittleres Lebensalter	43,5	45,3	11
Höchster Ausbildungsstand (in %)			11
Grade school	13,4	3,3	
Some high school	11,9	7,4	
Graduated high school	38,4	33,2	
Some college (bis 3 Jahre)	16,9	27,0	
Graduated college	19,4	29,4	
Median-Haushaltseinkommen pro Jahr in \$	24.897	29.850	11
Berufsgruppe (in %)			2
Managers, professionals	24,2	37,2	
Technical, sales, administrative support	31,3	29,1	
Service occupations	13,4	12,2	
Precision production, crafts, repairs	12,2	7,5	
Operators, fabricators, laborers	15,7	11,3	
Farming, forestry, mining	3,1	2,7	

Die ämtlichen Werte 1986 für Lebensalter und Ausbildung beziehen sich auf alle Personen ab 18 Jahren, die anderen ämtlichen Angaben beziehen sich auf alle Haushalte bzw. auf alle Erwerbstätigen.

Quelle: United States Department of Commerce, Bureau of the Census, *Statistical Abstract of the United States 1988*, Washington, D.C.: United States Government Printing Office, 1987.

Wie Tabelle 1 zeigt, ist genau dies bei den ATS-Studien der Fall. Besonders deutlich sind die Abweichungen hinsichtlich Ausbildung und Berufsgruppenzugehörigkeit. Während in der Gesamtbevölkerung rund 64 Prozent höchstens ein high school Diplom besitzen, sind es im Mittel der ATS-Stichproben nur 44 Prozent. Nach der Berufsgruppe sind in den ATS-Studien gehobene white-collar-Berufe stark über- und alle anderen unterrepräsentiert, besonders deutlich die blue-collar-Berufe. Deshalb sind bereits die Häufigkeitsver-

¹⁴ United States Department of Commerce, Bureau of the Census, *Statistical Abstract of the United States 1988*, Washington, D.C.: United States Government Printing Office 1987, S. 249.

teilungen der deutschen Umfrage mit denjenigen der amerikanischen nicht unmittelbar vergleichbar, so daß im nachfolgenden deskriptiv-vergleichenden Abschnitt eine entsprechende Korrektur bewerkstelligt werden muß. Für den abschließenden Abschnitt über Assoziationen zwischen verschiedenen sicherheitspolitischen Einstellungen ist eine solche Korrektur jedoch nicht ohne weiteres denkbar; die dort berichteten Ergebnisse gelten somit nur für registrierte Wähler in den USA, nicht für die gesamte Bevölkerung ab 18 Jahren. Aufgrund des deutlich höheren Ausbildungsniveaus bei dieser Teilgruppe ist zu erwarten, daß derartige Zusammenhänge eher stärker ausfallen werden als es für die Gesamtbevölkerung der Fall wäre¹⁵.

3. Vergleich sicherheitspolitischer Einstellungsverteilungen

In diesem Abschnitt werden Daten zu den folgenden Aspekten sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten miteinander verglichen: Interesse an diesem Politikbereich, Perceptionen der sicherheitspolitischen Ausgangslage, Attitüden zu Abschreckung und Verteidigung, Beurteilungen institutioneller Vorkehrungen der Sicherheitspolitik und schließlich konkreter Implikationen dieser institutionellen Arrangements¹⁶. Die Analyse beschränkt sich, wie schon gesagt, auf die Jahre 1987 und 1988, weil einerseits longitudinale Deskriptionen für beide Länder vorliegen¹⁷ und andererseits das Hauptgewicht dieses Beitrags auf Korrelaten und Strukturen sicherheitspolitischer Einstellungen liegen soll, nicht auf ihrer Darstellung. Die Kombina-

- 15 Vgl. P.E. Converse, *The Nature of Belief Systems in Mass Publics*, in: D.E. Apter (Hrsg.), *Ideology and Discontent*, New York: 1964, S. 206-261; ders., *Attitudes and Non-Attitudes*, in: E.R. Tuftte (Hrsg.), *The Quantitative Analysis of Social Problems*, Reading, Mass.: Addison-Wesley 1970, S. 168-189; G.F. Bishop/R.W. Oldendick/A.J. Tuchfarber/S.W. Bennett, *Attitudes and Nonattitudes in the Belief System of Mass Publics*, in: *Journal of Social Psychology*, 110. Jg. 1980, S. 53-64; dies., *Pseudo-Opinions on Public Affairs*, in: *Public Opinion Quarterly*, 44. Jg. 1980, S. 198-209.
- 16 Zur Klassifikation sicherheitspolitischer Einstellungsobjekte s. Rattinger, *The Federal Republic of Germany* (Anm. 9), S. 104ff.; Rattinger/Heinlein, *Sicherheitspolitik* (Anm. 5), S. 39 ff.
- 17 Für die Bundesrepublik s. z.B. B. Meyer, *Der Bürger und seine Sicherheit: Zum Verhältnis von Sicherheitsstreben und Sicherheitspolitik*, Frankfurt a.M.: Campus 1983; Rattinger (Anm. 9); Rattinger/Heinlein, *Sicherheitspolitik* (Anm. 5); S.F. Szabo, *The Federal Republic of Germany: Public Opinion and Defense*, in: C.M. Kelleher/G. Mattox (Hrsg.), *Evolving European Defense Policies*, Lexington, Mass.: D.C. Heath 1987, S. 185-202; ders., *West German Public Attitudes on Arms Control*, in: C. Fisher/B. Blechman (Hrsg.), *The Silent Partner: West Germany and Arms Control*, Cambridge, Mass.: Ballinger 1988, S. 195-230. Für die USA s. J. Marttila, *A Survey of American Attitudes About Nuclear Weapons and Arms Control*, Boston: Marttila & Kiley 1985; D. Yankelovich (Hrsg.), *Americans Talk Security: Compendium of Poll Findings on the National Security Issue*, New York: D. Yankelovich Group 1987; R.Y. Shapiro/B.I. Page, *Foreign Policy and the Rational Public*, in: *Journal of Conflict Resolution*, 32. Jg. 1988, S. 211-247; s. ferner die regelmäßigen Berichte des Council on Foreign Relations, letztmals J.E. Rielly (Hrsg.), *American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1987*, Chicago: Council on Foreign Relations 1987.

tion des Strukturaspekts mit einer longitudinalen Perspektive würde den verfügbaren Rahmen sprengen.

Die hier für die USA verwandten ATS-Daten stammen, wie erwähnt, nicht aus allgemeinen Bevölkerungsumfragen, sondern beziehen sich nur auf registrierte Wähler. Um mit den deutschen Daten vergleichbar zu sein, müssen sie für die amerikanische Gesamtbevölkerung umgewichtet werden. Da die ATS-Stichproben am stärksten nach der formalen Bildung von der amtlich ermittelten Sozialstruktur abweichen (vgl. Tabelle 1), wurden alle Ergebnisse für die Vereinigten Staaten entsprechend der Verteilung des Ausbildungsstandes in der Gesamtbevölkerung umgerechnet. Tabelle 2 enthält deshalb für die USA jeweils zwei Angaben, einmal die Originalwerte von ATS, die für die registrierten Wähler gelten, und daneben die umgewichteten Werte. Dieses Korrekturverfahren setzt natürlich voraus, daß die berichteten Einstellungen nur mit dem Bildungsstand, nicht jedoch mit der Wahrscheinlichkeit der Registrierung zusammenhängen, eine insgesamt wohl realistische Annahme. Der Vergleich beruht in diesem Abschnitt stets auf den für die amerikanische Gesamtbevölkerung umgerechneten Werten; auf die Auswirkungen dieser Korrektur wird dann zum Schluß eingegangen.

Tabelle 2: Vergleich sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten (alle Angaben in Prozent, soweit nicht anders angemerkt)

	BRD	USA	USA, nur registrierte Wähler	Anzahl der ATS-Studien	
<i>Interesse an sicherheitspolitischen Themen^c</i>					
eher interessiert	44	76	79	3	very/fairly closely
eher nicht interessiert	56	24	21		not very closely, hardly at all
<i>Gespräche über Sicherheitspolitik</i>					
--		62	60		never
--		21	21	1	once or twice
--		13	15		many times
--		4	4		DK, NA, NS

	BRD	USA	USA, nur registrierte Wähler	Anzahl der ATS-Studien	
<i>Militärische Kräfteverhältnisse insgesamt</i>					
NATO überlegen	11	--	--		
beide gleich	55	--	--		
WP überlegen	32	--	--		
keine Angabe	2	--	--		
Index ^d	1,20	--	--		
<i>Militärische Kräfteverhältnisse USA- UdSSR^e</i>					
USA stärker	14	15	16	3	U.S. ahead
ebenso stark	60	44	46		about even
USA schwächer	23	38	35		U.S. behind
keine Angabe	3	3	3		DK, NA, NS
Index ^d	1,09	1,24	1,20		
<i>Militärische Kräfteverhältnisse bei Kernwaffen^e</i>					
NATO überlegen	16(20)	10	10	2	U.S. ahead
beide gleich	37(47)	55	55		roughly equal
WP überlegen	26(33)	30	30		Soviets ahead
keine Angabe	21	5	5		DK, NA, NS
Index ^d	1,13	1,21	1,21		
<i>Militärische Kräfteverhältnisse bei konventionellen Waffen^e</i>					
NATO überlegen	7 (9)	18	18	1	U.S. ahead
beide gleich	31(39)	31	30		about even
WP überlegen	41(52)	48	50		U.S. behind
keine Angabe	21	3	2		DK, NA, NS
Index ^d	1,43	1,31	1,33		
<i>Streben die USA nach militärischer Überlegenheit?</i>					
streben nach Überlegenheit	40	25	22		U.S. should have more
streben Gleichgewicht an	55	62	63	1	U.S. should have same
nehmen Unterlegenheit hin	4	8	10		U.S. should have less
keine Angabe	1	5	5		DK, NA, NS

	BRD	USA	USA, nur registrierte Wähler	Anzahl der ATS-Studien	
<i>Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion^c</i>					
UdSSR mißbraucht Verständigungs-bereitschaft	22	61	57	4	Soviet Union cannot be trusted
UdSSR meint Ent-spannung ernst	75	33	37		Soviet Union can be trusted
keine Angabe	2	6	6		DK, NA, NS
<i>Erwartung zur Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion^c</i>					
eher verbessern	56	59	62		getting better
unverändert	40	35	32	5	staying about same
eher verschlechtern	2	4	4		getting worse
keine Angabe	1	2	2		DK, NA, NS
<i>Kommunistische/sowjetische Bedrohung^c</i>					
sehr groß	5	21	20		very serious
groß	24	37	35		serious
nicht so groß	54	29	31	7	minor
nicht ernst zu nehmen	15	11	12		no threat at all
keine Angabe	2	2	2		DK, NA, NS
Index ^c	1,19	1,69	1,64		
<i>Kernwaffen und Abschreckung^c</i>					
Atomwaffen zu gefährlich, sollten sofort abgeschafft werden	47	54	55		elimination of all nuclear arms in the world
Ohne Atomwaffen wäre Kriegswahr-scheinlichkeit höher	51	43	42	1	U.S. should have enough nuclear arms to deter attack
keine Angabe	2	3	3		DK, NA, NS
<i>Verhalten bei einem östlichen Angriff</i>					
würde mit der Waffe kämpfen	16	37	39		send troops send military
irgendwie kämpfen und sich wehren	40	12	13	1	supplies
beides abgelehnt	41	25	24		use diplomatic pressure
keine Angabe	2	20	18		stay out
		6	6		DK, NA, NS
<i>Verhalten bei östlichem Kernwaffeneinsatz gegen NATO Verbündete</i>					
--		34	35		use nuclear weapons
--		11	11	1	depends (spontan)
--		50	49		use other means
--		5	5		DK, NA, NS

	BRD	USA	USA, nur registrierte Wähler	Anzahl der ATS-Studien	
<i>Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO</i>					
gefestigte NATO	3	--	--		
weiterhin NATO	75	--	--		
aufgelockerte NATO	7	--	--		
NATO verlassen	9	--	--		
sonstiges	4	--	--		
keine Angabe	2	--	--		
<i>Abzug amerikanischer Truppen^c</i>					
		27	29		
gegen Abzug	75	23	24		strongly oppose
für Abzug bzw. Teilabzug		31	29	1	somewhat oppose
keine Angabe	23	17	16		somewhat favor
	2	2	2		DK, NA, NS
<i>Nutzen der amerikanischen Truppenpräsenz für das eigene Land</i>					
vor allem der Bundesrepublik	25	9	8		extremely convincing
allen beiden	51	28	27		convincing
vor allem den Amerikanern	17	32	34	3	very convincing
niemandem	6	28	28		somewhat convincing
keine Angabe	1	3	3		not convincing
					DK, NA, NS
<i>Ausgaben für die Sicherheit Europas</i>					
--	--	7	7		more
--	--	39	38	2	same
--	--	51	52		less
--	--	4	4		DK, NA, NS
<i>USA können sich die Verteidigung der Verbündeten nicht leisten</i>					
--	--	44	42		strongly agree
--	--	34	36		somewhat agree
--	--	12	13	2	somewhat disagree
--	--	9	8		strongly disagree
--	--	1	1		DK, NA, NS
<i>Höhe der Verteidigungsausgaben^c</i>					
viel zu wenig	0				
zu wenig	6	17	15		too little
gerade richtig	47	42	42	2	right amount
zuviel	30	39	41		too much
viel zuviel	15				
keine Angabe	2	2	2		DK, NA, NS

Der Wortlaut der einzelnen Fragen ist im Anhang wiedergegeben. Angaben in Klammern sind Prozentsätze ohne "keine Angabe". Bei unmittelbar vergleichbaren Fragen wurde der Unterschied der Antwortverteilungen zwischen der Bundesrepublik und den USA mittels χ^2 auf Signifikanz überprüft.

Abkürzungen und Anmerkungen:

WP: Warschauer Pakt.

--: Für das jeweilige Land in den Daten nicht verfügbar.

DK, NA, NS: don't know, no answer, not sure.

c: Antwortverteilungen unterscheiden sich mit $p < 0,001$.

d: Berechnet als gewichtetes Mittel mit null Punkten für westliche Überlegenheit, einem Punkt für Gleichstand und zwei Punkten für östliche Überlegenheit bei Vernachlässigung der Befragten ohne Angabe. Ein Indexwert von 1 bedeutet also, daß Wahrnehmungen östlicher und westlicher Überlegenheit sich genau die Waage halten, Indexwerte über (unter) 1 signalisieren einen Überhang von Wahrnehmungen östlicher (westlicher) Überlegenheit.

e: Berechnet wie unter Anmerkung d beschrieben, mit null Punkten für keine Bedrohungswahrnehmung und drei Punkten für Wahrnehmung "sehr großer" Bedrohung.

Quellen: Bundesrepublik: EMNID, *Meinungsbild zur wehrpolitischen Lage*, Herbst 1987, Tabellenband.

USA: Eigene Berechnungen aus den ATS-Studien 1 (Oktober 1987) bis 10 (Oktober 1988).

Zur Frage des Interesses an Sicherheitspolitik könnte man Tabelle 2 so interpretieren, daß Amerikaner wesentlich interessierter seien als Westdeutsche. Ein solcher Schluß wäre jedoch übereilt, weil die verfügbaren Fragen hier nicht ganz identisch sind - ein sehr allgemeines Problem internationaler Vergleiche, die nicht auf eigener standardisierter Erhebung beruhen¹⁸. Die deutsche Frageformulierung zielte direkt auf das Interesse an der Bundeswehr und auf damit zusammenhängende Probleme ab, die amerikanische Frage erhob die Aufmerksamkeit gegenüber Medieninhalten. Wahrscheinlicher als ein viel höheres Interesse in den Vereinigten Staaten ist, daß die deutschen Befragten ihr

18 International vergleichende Umfragestudien zu sicherheitspolitischen Einstellungen mit standardisiertem Fragenprogramm sind eher eine Seltenheit. Einige der Ausnahmen sind: R. Zoll, *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Spiegel öffentlicher Meinungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland*, in: ders. (Hrsg.), *Sicherheit und Militär*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 33-65, gelegentlich das Eurobarometer der EG (s. A. H. Ziegler, *The Structure of Western European Attitudes Towards Atlantic Cooperation: Implications for the Western Alliance*, in: *British Journal of Political Science*, 17. Jg. 1987, S. 457-477), in dem dieser Themenbereich aber selten eine größere Rolle spielt, und vor allem die Erhebungen im Auftrag der United States Information Agency. Die letzteren Studien sind aber nicht ohne weiteres zugänglich und sie beziehen die USA grundsätzlich nicht ein, sind also vor allem für Vergleiche zwischen westeuropäischen Ländern brauchbar (s. S.F. Szabo, *West European Public Perceptions of Security Issues: A Survey of Attitudes in France, the FRG, Great Britain and Italy Over Three Decades* (Research Report, U.S. Information Agency), Washington, D.C. 1988). Die meisten internationalen Vergleiche sicherheitspolitischer Einstellungen müssen also, ebenso wie dieser Beitrag, auf Material zurückgreifen, das nicht unter einer einheitlichen Fragestellung erhoben wurde; vgl. z.B. S.F. Szabo, *Public Opinion and Foreign Policy in Europe and the United States: A Comparison of the Chicago Council and European Surveys*, Chicago: Council on Foreign Relations 1988; ders., *Public Opinion and the Alliance: European and American Perceptions of NATO and European Security*, in: S. Sloan (Hrsg.), *NATO in the 1990s*, New York: Pergamon-Brassey's 1989; D. Munton, *Up (or Down) on Arms: Canadian and American Perspectives of Security*, in: D. Munton/H. Rattinger (Hrsg.), *Debating National Security: The Public Dimension*, Boulder, Col.: Westview 1989; R.C. Eichenberg, *Public Opinion and National Security in Europe and the United States*, in: L. Brady (Hrsg.), *NATO in the 1980s*, New York: Praeger 1985, S. 226-248; ders., *Public Opinion and National Security in Western Europe: Consensus Lost?* Ithaca, N.Y.: Cornell University Press 1989.

Desinteresse ehrlicher zugaben, die amerikanischen indes ihre Aufmerksamkeit beträchtlich übertrieben. Für die Bundesrepublik wurde 1988 ermittelt, daß sich selbst für die laufenden Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen den Supermächten sich nur 55 Prozent "sehr" interessierten, dagegen 45 Prozent allenfalls "ein wenig" oder "überhaupt nicht"¹⁹. Für die USA ist den ATS-Daten andererseits zu entnehmen, daß trotz der angeblich recht intensiven Verfolgung der Medienberichterstattung zur Sicherheitspolitik durch rund drei Viertel der Befragten über 60 Prozent angaben, vor dem Interview niemals eine vergleichbar intensive Konversation über diesen Themenbereich gehabt zu haben. Wenn man die Häufigkeit von Gesprächen zu einer Thematik als "härteren" Indikator für Interesse nimmt, dann kann von größerem Interesse in den Vereinigten Staaten nicht mehr die Rede sein.

Unter Perzeptionen der sicherheitspolitischen Ausgangslage können hier Einschätzungen des militärischen Gleichgewichts, Einstellungen gegenüber der Sowjetunion und Bedrohungswahrnehmungen abgehandelt werden. Die Wahrnehmungen der militärischen Kräfteverhältnisse unterscheiden sich zwischen den beiden Ländern recht deutlich. Insgesamt gesehen glauben die amerikanischen Befragten eher an westliche Unterlegenheit gegenüber dem Osten als die deutschen, nur bei den konventionellen Waffen ist das umgekehrt. Für beide Länder gilt, daß die Verhältnisse bei den Kernwaffen am positivsten für den Westen gesehen werden, bei den konventionellen Waffen am negativsten, während globale Einschätzungen ohne Nennung bestimmter Waffensysteme dazwischen liegen. Die Antworten der westdeutschen Probanden weisen darüber hinaus drei Besonderheiten auf: Erstens liegen die verschiedenen Wahrnehmungen der militärischen Teilkräfteverhältnisse weiter auseinander als in den USA. Zweitens zeigen die Urteile über den nuklearen und den konventionellen Vergleich viel größere Unsicherheit (je 21 Prozent ohne Angabe). Drittens wird die NATO gegenüber dem Warschauer Pakt schwächer eingeschätzt als die Vereinigten Staaten allein gegenüber der Sowjetunion allein, was angesichts des viel höheren Anteils der Rüstung der UdSSR an derjenigen des Warschauer Pakts nicht verständlich ist und die Unsicherheit bei der Beurteilung der militärischen Stärkerelationen unterstreicht. Abschließend ist dazu festzuhalten, daß Ende der siebziger Jahre dieser Vergleich noch genau andersherum ausfiel. Für Oktober 1979 berichtet Zoll²⁰, daß westdeutsche Befragte wesentlich stärker von der östlichen Überlegenheit überzeugt waren als solche aus den USA (die Tabelle 2 entsprechenden Indexwerte waren damals 1,38 für die Bundesrepublik, 0,95 für die USA). Diese Umkehrung der Verhältnisse trotz der Verstärkung des militärischen Bereichs während der Reagan-Administration ist zwar einerseits erstaunlich, andererseits jedoch verständlich, wenn man berücksichtigt, von welcher Rhetorik über einen östlichen Vorsprung dieser Ausbau des amerikanischen Militärpotentials begleitet war.

19 SINUS, *Sowjetische und amerikanische Politik im Urteil der Deutschen in der Bundesrepublik: Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und des STERN*, München: SINUS 1988, S. 10.

20 R. Zoll, *Sicherheit und Militär* (Anm. 18), Tabelle 3.

Hinsichtlich der von den Vereinigten Staaten gewünschten militärischen Kräfteverhältnisse zeigen die Daten ebenfalls deutliche Diskrepanzen zwischen den beiden Ländern. Daß die USA anstreben sollten der Sowjetunion überlegen zu sein, ist in der dortigen öffentlichen Meinung eine Minderheitenposition, die ein Viertel der Befragten einnimmt; fast zwei Drittel der Amerikaner sprechen sich für einen militärischen Gleichstand aus. In der Bundesrepublik glauben 40 Prozent, daß die Vereinigten Staaten nach Überlegenheit streben, während 55 Prozent meinen, sie seien mit einem Gleichgewicht zufrieden. Ein militärischer Gleichstand wird aber von einer deutlichen Mehrheit in der Bundesrepublik als am besten für die eigene Sicherheit und für diejenige Westeuropas angesehen²¹. Daß wesentlich mehr Befragte in Westdeutschland von einem amerikanischen Streben nach Überlegenheit ausgehen als dies für die eigene Sicherheit gut halten²², reflektiert ein gewisses Maß an Mißtrauen gegenüber den Motiven und Zielen amerikanischer Sicherheitspolitik.

In ihrem Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion unterscheiden sich Amerikaner und Westdeutsche extrem stark. An einen Mißbrauch der westlichen Entspannungspolitik durch die Sowjetunion glauben in den hier herangezogenen Daten in der Bundesrepublik nur 22 Prozent; in den USA dagegen meinen über 60 Prozent, daß man sich nicht darauf verlassen könne, daß die Sowjetunion ihre Verpflichtungen in Rüstungskontrollverträgen auch tatsächlich einhalten werde. Derartige Diskrepanzen bilden die Grundlage der in der Einleitung skizzierten Bedenken, die von amerikanischer Seite zur Entwicklung der öffentlichen Meinung zu sicherheitspolitischen Fragen in der Bundesrepublik vorgebracht werden. Trotz des hohen Mißtrauens gegenüber der Sowjetunion in den Vereinigten Staaten weichen jedoch die Erwartungen zur Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion zwischen den beiden Ländern überhaupt nicht voneinander ab. Mit einer Verschlechterung rechnet praktisch niemand, eine starke absolute Mehrheit (56 Prozent bzw. 59 Prozent) geht von einer weiteren Verbesserung der Beziehungen aus²³.

Dieser Optimismus hinsichtlich der Ost-West-Beziehungen schlägt aber auf die Wahrnehmungen der östlichen Bedrohung nicht überall gleich durch, vielmehr spiegeln diese viel eher das unterschiedliche Ausmaß des Mißtrauens gegenüber der Sowjetunion wider. In der Bundesrepublik meinen 75 Prozent, die Sowjetunion meine die Entspannungspolitik ernst, und 69 Prozent sehen keine oder eine "nicht so große" Bedrohung. In den Vereinigten Staaten halten 61 Prozent die Sowjetunion nicht für vertrauenswürdig, und 58 Prozent nehmen eine "ernste" oder "sehr ernste" Bedrohung wahr. In der Bundesrepublik dagegen teilen diese Einschätzung nur 29 Prozent, so daß die Beurteilungen hierzulande im Mittel etwas oberhalb der Antwortkategorie "nicht so große Bedrohung"

21 1983 waren 71 Prozent, 1986 63 Prozent und 1988 72 Prozent dieser Meinung; vgl. SINUS Sozietische und amerikanische Politik (Anm. 19), S. 34.

22 Vgl. ebd., S. 35.

23 1979 waren noch 13 Prozent in der Bundesrepublik und 27 Prozent in den USA der Auffassung, die Beziehungen zur Sowjetunion würden sich verschlechtern; s. R. Zoll Sicherheit und Militär (Anm. 18), Tabelle 5. Die Entwicklung hin zu größerem Optimismus war also in den USA noch sehr viel kräftiger.

liegen, in den USA wesentlich näher an "serious" als an "minor threat"²⁴. Auch hier findet man also in den öffentlichen Meinungen eine Basis für die in der praktischen Politik artikulierten amerikanischen Bedenken gegenüber der sicherheitspolitischen Zuverlässigkeit der Bundesrepublik vor: Die amerikanische Bevölkerung ist von dem bedrohlichen und expansiven Charakter des "evil empire" auch noch in den späten achtziger Jahren viel mehr überzeugt als die westdeutsche.

Diese Überzeugungen übersetzen sich jedoch nicht in ähnlich unterschiedliche Einstellungen zu nuklearer Abschreckung und militärischer Verteidigung im Falle eines Angriffs. Tabelle 2 zeigt, daß das Ziel Kernwaffen vollständig abzuschaffen, in den Vereinigten Staaten überraschenderweise populärer ist als in der Bundesrepublik (54 Prozent gegenüber 47 Prozent). Auch militärischer Widerstand gegen einen östlichen Angriff in Europa hat in den Vereinigten Staaten keine stärkere öffentliche Unterstützung als in der Bundesrepublik. Hierzulande lehnen 43 Prozent solchen Widerstand ab, 45 Prozent der Amerikaner möchten die USA überhaupt nicht oder nur diplomatisch involvieren, 37 Prozent plädieren für den Einsatz amerikanischer Truppen, und 12 Prozent würden die eigene Rolle gern auf die Lieferung militärischen Nachschubmaterials begrenzt sehen. Die Antwortverteilung zum amerikanischen Kernwaffengebrauch bei einem atomaren Einsatz des Ostens gegen NATO-Verbündete sieht ganz ähnlich aus. Trotz ihres höheren Mißtrauens gegenüber der Sowjetunion und ihren ausgeprägteren Bedrohungswahrnehmungen sind Amerikaner nicht in vergleichbarem Maße stärker bereit als Westdeutsche, östlicher Aggression in Europa militärisch zu begegnen.

Ebensowenig findet man eine viel höhere Zustimmung in den Vereinigten Staaten als in der Bundesrepublik, wenn es um die wichtigste Institution der westlichen Sicherheitspolitik geht, um die NATO und um ihr Kernstück, die amerikanische Truppenpräsenz in Europa. Im Gegenteil: In den EMNID-Daten sind nur neun Prozent der Befragten für einen westdeutschen Austritt aus der NATO, 75 Prozent sind gegen einen Abzug amerikanischer Truppen. Von den amerikanischen Befragten jedoch sprechen sich 50 Prozent gegen und 48 Prozent für einen solchen Abzug aus. Mehr als drei Viertel der westdeutschen Probanden meinen, daß die amerikanische Truppenpräsenz entweder vor allem der Bundesrepublik oder beiden Ländern nütze, Amerikaner dagegen sind gegenüber Argumenten, wonach von dieser Präsenz auch die Vereinigten Staaten profitierten, recht skeptisch. 37 Prozent halten solche Argumente für "sehr" oder "äußerst" überzeugend, 60 Prozent dagegen zeigen sich nur etwas oder gar nicht davon beeindruckt. Entsprechend überrascht es nicht, daß eine absolute Mehrheit der Befragten in den USA die eigenen finanziellen Verpflichtungen für die Sicherheit Europas verringert sehen möchte, daß nur 20 Prozent der Auffassung widersprechen, die Vereinigten Staaten könnten sich die Ausgaben für den Schutz ihrer Verbündeten nicht leisten, während fast 80 Prozent dieser Ansicht zustimmen. Der auf Befunde über die öffentliche Meinung gestützte "Vorwurf" im transatlantischen Verhältnis könnte hier genau umgekehrt werden. Die Unterstüt-

24 Zoll, Sicherheit und Militär (Anm. 18), Tabelle 1, berichtet für 1979 einen noch größeren Abstand (fast 40 Prozentpunkte) zwischen den Perceptionen einer ernsthaften östlichen Bedrohung in den beiden Ländern.

zung der Öffentlichkeit für die NATO und die Präsenz amerikanischer Truppen ist in der Bundesrepublik in der Tat über die achtziger Jahre hinweg zurückgegangen²⁵, aber in den USA ist sie zu Ende dieses Jahrzehnts noch deutlich niedriger.

In die konkreten Folgerungen aus institutionellen sicherheitspolitischen Arrangements werden hier nur die Einstellungen zum Verteidigungshaushalt einbezogen. Die Unterschiede zwischen den beiden Ländern kehren sich hierbei erneut um, sind aber bei weitem nicht so stark wie beim Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion, den Bedrohungswahrnehmungen und den Bewertungen des westlichen Bündnisses. In beiden Ländern meinen die meisten Befragten, daß die jeweiligen Verteidigungshaushalte adäquat sind. Die Anteile derjenigen, die diese Ausgaben für zu hoch halten, übertreffen deutlich die Anteile derjenigen, die sie erhöht sehen möchten. Dieser Überhang ist aber in der Bundesrepublik viel stärker als in den Vereinigten Staaten; hierzulande sagen 45 Prozent, die Verteidigungsausgaben seien zu hoch, und nur sechs Prozent halten sie für zu niedrig. In den Vereinigten Staaten stehen den 39 Prozent, die den Militärhaushalt für zu hoch halten, immerhin 17 Prozent gegenüber, die ihn als zu niedrig erachten. Dieser Vergleich ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Verteidigungsausgaben pro Kopf und als Anteil am Bruttosozialprodukt in den USA deutlich höher sind als in der Bundesrepublik²⁶. Es ist deshalb eindeutig, daß die amerikanische Öffentlichkeit eher bereit ist als die deutsche, Militärausgaben zu tolerieren und für notwendig zu halten. Wenn es jedoch um Ausgaben im Rahmen der Bündnisverpflichtungen zum Schutz anderer Nationen geht, schwindet diese Bereitschaft rapide.

Die wichtigsten Ergebnisse dieses deskriptiven Überblicks lassen sich wie folgt zusammenfassen: In den ausgehenden achtziger Jahren weisen die öffentlichen Meinungen zu sicherheitspolitischen Fragen in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik einige signifikante Unterschiede auf, die jedoch nicht einfach darauf hinauslaufen, daß hierzulande Pazifismus, Antimilitarismus und Neutralismus grassieren und in den USA gegenteilige Einstellungsmuster dominieren. In den Vereinigten Staaten besteht eine etwas größere Neigung als in der Bundesrepublik, den Osten als militärisch überlegen zu sehen, das Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion ist auch einige Jahre nach dem letzten dortigen Machtwechsel noch deutlich höher, der Osten wird als viel bedrohlicher betrachtet und Verteidigungsausgaben begegnen etwas geringerer Skepsis. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion, nuklearer Abschreckung und der Verteidigung gegen eine östliche Aggression in Europa sind kaum erhebliche Einstellungsunterschiede auszumachen. Was schließlich die westliche Allianz und die amerikanische Truppenpräsenz in Europa angeht, so erweist sich die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik als wesentlich "bündnistreuer".

25 Vgl. Rattinger, *Development and Structure* (Anm. 9), Abb. 9.

26 Die United States Arms Control and Disarmament Agency (*World Military Expenditures and Arms Transfers 1987*, Washington, D.C.: United States Government Printing Office 1988, Tabelle 1) berichtet für 1985 für die Bundesrepublik einen Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt von 3,3 Prozent und Verteidigungsausgaben pro Kopf von 330 Dollar (konstante Werte auf der Basis 1984); für die USA werden 6,6 Prozent und 1077 Dollar angegeben.

Zum Abschluß dieses Abschnitts hat noch der angekündigte Vergleich zwischen den Einstellungen der Gesamtbevölkerung und der registrierten Wähler in den USA zu erfolgen. Die eingangs beschriebene Korrektur für die unterschiedliche Verteilung von Bildungsabschlüssen führt nirgendwo zu dramatischen Diskrepanzen zwischen den beiden in Tabelle 2 für die Vereinigten Staaten wiedergegebenen Antwortverteilungen, sondern bewirkt maximal Abweichungen von wenigen Prozentpunkten. Dies deutet darauf hin, daß diese Einstellungen zwar in Beziehung zur Ausbildung stehen, solche Zusammenhänge aber nicht sonderlich stark sein können, worauf im folgenden Abschnitt detaillierter eingegangen wird. Die registrierten Wähler sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung etwas interessierter an Sicherheitspolitik, sie glauben weniger an militärische Überlegenheit des Ostens, sie sprechen sich seltener für amerikanische Überlegenheit aus, sie mißtrauen der Sowjetunion weniger und halten sie für weniger bedrohlich, sie befürworten eher die Verteidigung Europas und stehen amerikanischem Truppenabzug und Militärausgaben ablehnender gegenüber. Insgesamt gesehen, sind damit die sicherheitspolitischen Einstellungen der registrierten Wählerschaft der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik geringfügig ähnlicher als diejenigen der gesamten amerikanischen Bevölkerung.

4. Zusammenhänge zwischen sicherheitspolitischen Einstellungen, sozialstrukturellen Größen und Parteineigung

In diesem Abschnitt setzen wir die von sicherheitspolitischen Einstellungen in der Bundesrepublik und den USA mit Alter, Geschlecht, Ausbildung und Parteineigung der Befragten in Beziehung. Ziel dieser Untersuchung ist vor allem eine Klärung der Fragen, wie stark die oft behauptete Differenzierung solcher Attitüden nach dem Lebensalter in der Bundesrepublik tatsächlich ist und wie dies im Vergleich dazu in den Vereinigten Staaten aussieht, wie sich diese Unterschiede gegenüber denjenigen nach anderen sozialstrukturellen Größen darstellen (Geschlecht, Ausbildung) und ob schließlich die mehrfach berichtete starke parteipolitische Polarisierung solcher Einstellungen in der Bundesrepublik²⁷ auch in den USA anzutreffen ist. Parteineigung wurde in der EMNID-Umfrage durch die Frage nach der Bundestagswahlabsicht erhoben, in den ATS-Studien durch die bekannte Parteiidentifikationsfrage²⁸. Für die Vereinigten Staaten wird neben der Parteineigung die Selbsteinstufung auf einem "liberal-konservativ"-Kontinuum

27 Vgl. Rattinger, Change Versus Continuity (Anm. 9); ders., Development and Structure (Anm. 9); ders., The Bundeswehr and Public Opinion (Anm. 9).

28 Die Frage lautete in den ATS-Studien: "Generally speaking, do you think of yourself as a Republican, a Democrat, an Independent, or what?" Falls "independent" so erfolgte die Anschlußfrage: "Do you think of yourself as closer to the Democratic Party or the Republican Party?"

einbezogen²⁹. Die hier interessierenden Zusammenhänge für beide Länder durch die vollständigen Kreuztabellierungen der Einstellungsmerkmale aus Tabelle 2 mit allen diesen sozialstrukturellen Größen und der Parteineigung wiederzugeben, ist aus Platzgründen nicht möglich. Jede einzelne Kreuztabellierung wird deshalb in Tabelle 3 durch je einen Kontingenzkoeffizienten zusammengefaßt³⁰.

Tabelle 3: Zusammenhang sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten mit Alter, Geschlecht, Ausbildung und parteipolitischer Orientierung (Kontingenzkoeffizienten, mit 100 multipliziert)

	Geschlecht		Alter		Bildung		Partei- neigung		Liberal- konser- vativ USA	Anzahl der ATS- Studien USA
	BRD	USA	BRD	USA	BRD	USA	BRD	USA		
Interesse an Sicherheitspolitik	-40 ^c	-23 ^c	-10 ^a	23 ^c	21 ^c	28 ^c	27 ^c	13	13	3
Mil. Kräfteverhält- nisse insgesamt	-16 ^c	--	19 ^c	--	-12 ^b	--	19 ^c	--	--	--
Mil. Kräfteverhält- nisse USA-UdSSR	-11 ^b	-14 ^a	11	13	-11 ^a	-17 ^a	21 ^c	14	14 ^a	3
Mil. Kräfteverhält- nisse bei Kernwaffen	-06	01	10	13	15 ^c	-13	20 ^c	20 ^b	13 ^a	2
Militärische Kräfte- verhältnisse, kon- ventionelle Waffen	-19 ^c	-37 ^c	17 ^c	18 ^b	-20 ^c	21 ^b	17 ^c	13	12	1

29 Die Frage lautete: "When it comes to most political issues, do you think of yourself as a liberal, a conservative, or a moderate?" Falls "moderate" so lautete die Anschlußfrage: "Do you think of yourself as closer to being liberal or being conservative?"

30 Zur Berechnung vgl. die Erläuterungen zu Tabelle 3.

Tabelle 3 (Fortsetzung)

	Geschlecht		Alter		Bildung		Partei- neigung		Liberal- konservativ USA	Anzahl der ATS- Studien USA
	BRD	USA	BRD	USA	BRD	USA	BRD	USA		
Streben USA nach mil. Überlegenheit?	-07	22 ^c	-16 ^c	16 ^a	11 ^a	-29 ^c	-30 ^c	-20 ^b	17 ^a	1
Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion	-04	13 ^a	19 ^c	21 ^b	-12 ^b	-23 ^b	38 ^c	17	24 ^b	4
Erwartung zur Ent- wicklung der Be- ziehungen zur UdSSR-05	-18 ^b	10	01	10	22 ^b	-20 ^c	15	-15		5
Kommunistische/sow- jetische Bedrohung	-04	18 ^b	17 ^c	15 ^a	-20 ^c	-21 ^b	36 ^c	18 ^a	20 ^b	7
Absolute Mittelwerte ^d	07	18	15	14	14	22	29	17	18	
Kernwaffen und Abschreckung	-09	00	16 ^c	-02	-04	-02	39 ^c	22 ^b	20 ^a	2
Verhalten bei östlichem Angriff	-50 ^c	-34 ^c	-24 ^c	-17 ^a	20 ^c	23 ^a	23 ^c	22 ^a	21	1
Verhalten bei Kern- waffeneinsatz gegen NATO Verbündete	--	-24 ^c	--	10	--	13	--	13	23 ^b	1
Absolute Mittelwerte	30	19	20	10	12	13	31	19	21	
Mitgliedschaft der BRD in der NATO	10 ^a	--	26 ^c	--	-15 ^c	--	50 ^c	--	--	--
Abzug amerikani- scher Truppen	07 ^a	-21 ^c	24 ^c	-18 ^a	-15 ^c	-23 ^b	56 ^c	19 ^b	16	1
Nutzen der amerika- nischen Truppenprä- senz für eigenes Land	-10 ^a	10	27 ^c	-13	-14 ^c	-22 ^b	44 ^c	13	17 ^a	3
Ausgaben für die Sicherheit Europas	--	-08	--	-01	--	-15	--	17	14	2
USA können sich Verteidigung der Ver- bündeten nicht leisten	--	-14 ^a	--	-20 ^b	--	-25 ^c	--	19 ^a	16	2
Absolute Mittelwerte	09	13	26	13	15	21	50	17	16	

Tabelle 3 (Fortsetzung)

	Geschlecht		Alter		Bildung		Partei- neigung		Liberal- konser- vativ	Anzahl der ATS- Studien
	BRD	USA	BRD	USA	BRD	USA	BRD	USA	USA	USA
Höhe der Verteilungsausgaben	-15 ^c	-06	28 ^c	20 ^b	-18 ^c	-22 ^b	44 ^c	29 ^c	27 ^c	2
Absolute Mittelwerte über alle Merkmale	14	16	18	14	15	20	32	18	18	

Alle Einträge dieser Tabelle sind Pearsonsche Kontingenzkoeffizienten C für Kreuztabellen zwischen den beiden entsprechenden Merkmalen, also:

$$C = \left(\frac{\text{chi}^2}{\text{chi}^2 + N} \right)^{1/2}$$

Um zwischen Kreuztabellen unterschiedlicher Größe vergleichbar zu sein, sind sie für Freiheitsgrade korrigiert durch Division durch das jeweilige theoretische Maximum von C, also durch:

$$\left(\frac{\text{Minimum}(Zeilenzahl, Spaltenzahl) - 1}{\text{Minimum}(Zeilenzahl, Spaltenzahl)} \right)^{1/2}$$

Sie wurden mit 100 multipliziert, um das Dezimalkomma zu vermeiden. Signifikanzangaben beziehen sich auf die entsprechenden Werte von chi^2 .

Normalerweise ist C stets positiv. Um jedoch die Richtung der Zusammenhänge sichtbar zu machen, wurden hier Vorzeichen zugeordnet indem die einzelnen Variablen als "Rangordnung" betrachtet wurden. Dabei wurden die "positiven" oder "größeren" Ausprägungen wie folgt angenommen:

Geschlecht: weiblich

Alter: älter

Ausbildung: länger

Parteieneigung: zu CDU/CSU bzw. Republikanern (in den USA)

Liberal-konservativ: konservativ

Interesse an Sicherheitspolitik: hoch

Militärische Kräfteverhältnisse: Osten überlegen

Streben USA nach Überlegenheit?: ja bzw. sollten danach streben

Mißtrauen gegenüber Sowjetunion: hoch

Beziehungen zur UdSSR: werden besser

Östliche Bedrohung: hoch

Kernwaffen und Abschreckung: Befürwortung

Verhalten bei Angriff: Widerstand bzw. Hilfeleistung

Mitgliedschaft in NATO: Befürwortung

Abzug amerikanischer Truppen: Ablehnung

Nutzen amerikanischer Stationierung: Für das jeweilige Befragungsland

Ausgaben für Verteidigung bzw. Bündnis: erhöhen

--: In den Daten nicht verfügbar.

a: $p < 0,05$

b: $p < 0,01$

c: $p < 0,001$

d: In diese Mittelwerte sind die Zusammenhänge mit den verschiedenen Einschätzungen militärischer Kräfteverhältnisse über deren Mittelwerte eingegangen.

Zu geschlechtsspezifischen Besonderheiten in sicherheitspolitischen Einstellungen zeigt Tabelle 3, daß Frauen und Männer sich in beiden Ländern insgesamt gesehen etwa gleich stark voneinander unterscheiden, daß hinter diesen Gesamtmitteln aber recht starke Differenzierungen stehen. Amerikanische und deutsche Frauen sind deutlich weniger an sicherheitspolitischen Fragen interessiert als Männer, wobei der Abstand in der Bundesrepublik noch wesentlich größer ist. In ihren Perzeptionen der sicherheitspolitischen Ausgangslage unterscheiden sich weibliche und männliche Befragte in der Bundesrepublik nur in ihrer Einschätzung der militärischen Kräfteverhältnisse, die Männer eher als durch östliche Überlegenheit gekennzeichnet betrachten. Letzteres ist in den Vereinigten Staaten genauso, aber Amerikanerinnen erweisen sich trotzdem signifikant stärker als "Falken" durch die häufigere Forderung nach militärischer Überlegenheit der USA, höheres Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion, größere Skepsis über die Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion und die stärkere Bedrohungsvorstellungen.

Deutsche und amerikanische Frauen stimmen in ihrer stärkeren Ablehnung militärischer Verteidigung gegen einen östlichen Angriff in Europa überein. Dieser geschlechtsspezifische Unterschied ist in der Bundesrepublik noch viel deutlicher ausgeprägt, was wohl vor allem daran liegt, daß EMNID nach der persönlichen Verteidigungsbereitschaft fragte, während in der amerikanischen Frage die allgemeine Problematik des Bündnisbestandes ausgesprochen wurde. Frauen in der Bundesrepublik befürworten die NATO und die amerikanische Truppenpräsenz etwas eher als Männer, Amerikanerinnen lehnen die Truppenstationierung und die damit verbundenen Kosten eher ab als Amerikaner. Ihre im Vergleich zu Männern eher als "hawkish" zu bezeichnenden Lagebeurteilungen veranlassen sie mithin nicht dazu, die Rolle der Vereinigten Staaten im Bündnis stärker zu unterstützen. In der Frage des Verteidigungshaushalts schließlich ist in den USA ein signifikanter geschlechtsspezifischer Unterschied nicht festzustellen, in der Bundesrepublik sind Frauen hierzu noch ablehnender als Männer, was mit ihren optimistischeren Wahrnehmungen der sicherheitspolitischen Lage zu tun haben dürfte.

Die Gesamtmittelwerte in Tabelle 3 verdeutlichen, daß die Differenzierung sicherheitspolitischer Attitüden nach dem Lebensalter in der Bundesrepublik etwas stärker ist als nach dem Geschlecht, in den Vereinigten Staaten etwas schwächer. Die dahinterstehenden Einzelbefunde sind einander zwischen den beiden Ländern viel ähnlicher als es bei den Zusammenhängen mit dem Geschlecht der Befragten war, wenn man von dem Interesse an Sicherheitspolitik absieht, das in den USA mit dem Alter zunimmt, in der Bundesrepublik dagegen eher zurückgeht. In der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten steigen der Glaube an östliche militärische Überlegenheit, das Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion, die Bedrohungswahrnehmungen und die Befürwortung von Verteidigungsausgaben mit dem Lebensalter an, die Bereitschaft zur Verteidigung gegen einen östlichen Angriff in Europa nimmt ab, wobei die Kontingenzkoeffizienten stets recht nahe beieinanderliegen (am stärksten ist der Unterschied mit 0,28 gegenüber 0,20 bei der Frage zum Verteidigungshaushalt). Der Vorzeichenunterschied bei der Frage nach dem amerikanischem Streben nach militärischer Überlegenheit ist durch den unterschiedlichen Fragenwortlaut bedingt und führt nicht zu gegenläufigen

inhaltlichen Schlußfolgerungen: Je älter sie sind, desto eher meinen amerikanische Befragte, die USA sollten überlegen sein, desto eher denken deutsche Befragte, die Vereinigten Staaten zielten auf ein Gleichgewicht ab. Inhaltlich bedeutsam dagegen ist der Vorzeichenunterschied bei den Einstellungen zur NATO und zur amerikanischen Truppenpräsenz. In der Bundesrepublik sprechen sich ältere Befragte eher als jüngere dafür aus, in den USA ist das genau umgekehrt, die Zusammenhänge sind aber schwächer.

Diese Ergebnisse bedeuten, daß die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Wahrnehmungen der sicherheitspolitischen Lage, der Bereitschaft zur Verteidigung in Europa und der Einstellungen zu Militärausgaben genauso ihre "successor generation" haben wie die Bundesrepublik, wenn auch die Aggregatverteilungen dieser Attitüden sich zum Teil stark zwischen den beiden Ländern unterscheiden. Wenn also die Bundesrepublik ein Problem durch diese Einstellungen der nachwachsenden Generationen hat, dann haben die USA ein ziemlich ähnliches Problem. Bei den hier untersuchten Einstellungen gilt dies nur für diejenigen zur NATO, zur amerikanischen Truppenpräsenz gilt dies nicht. Hier sind in der Tat die jüngeren Befragten in der Bundesrepublik eher ablehnender, während sie in den Vereinigten Staaten genau entgegengesetzt eingestellt sind, also eher positiver als ihre älteren Landsleute. In dieser Hinsicht haben sich die "Nachfolgenerationen" in den beiden Ländern wirklich auseinanderentwickelt. Man sollte dabei aber berücksichtigen, daß diese Beziehungen zwischen Einstellungen zur Allianz und Lebensalter zwar überwiegend statistisch signifikant sind, nicht jedoch von einer besonders dramatischen Größenordnung (mittlere Kontingenzkoeffizienten von 0,26 für die Bundesrepublik, 0,13 für die USA).

Nach der Ausbildung sind die hier einbezogenen sicherheitspolitischen Einstellungen in den Vereinigten Staaten insgesamt etwas stärker differenziert als in der Bundesrepublik. Es überrascht kaum, daß in beiden Ländern das Interesse an diesem Politikbereich mit der formalen Bildung zunimmt. Hinsichtlich der Perzeptionen der sicherheitspolitischen Ausgangslage sind besser qualifizierte Befragte stets etwas optimistischer. Sie glauben weniger an eine militärische Überlegenheit des Ostens und an eine Bedrohung, sie sind eher bereit, die Sowjetunion als vertrauenswürdig zu bezeichnen, und sie erwarten häufiger eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion. Von diesen für beide Länder parallelen Mustern weicht ab, daß mit besserer Ausbildung in der Bundesrepublik eher ein stärkerer Glaube an östliche Überlegenheit bei Kernwaffen einhergeht, in den USA an östliche Überlegenheit im konventionellen Bereich. Eine plausible Erklärung hierfür ist nicht ohne weiteres auffindbar, es ist jedoch bemerkenswert, daß in beiden Ländern die besser gebildeten Befragten stärker der Auffassung zuneigen, der Warschauer Pakt sei bei denjenigen Waffensystemen überlegen, die für das eigene Land die geringere Bedeutung haben. Das unterschiedliche Vorzeichen bei der Frage nach dem amerikanischen Streben nach militärischer Überlegenheit schließlich zeigt, daß in den Vereinigten Staaten Überlegenheit von den besser qualifizierten Befragten stärker abgelehnt wird, während in der Bundesrepublik diese Befragten häufiger derartige Bestrebungen der USA vermuten, der Bündnisvormacht also skeptischer gegenüberstehen.

Zu Abschreckung und Verteidigung, zur NATO und zum Verteidigungshaushalt verlaufen die Befunde in beiden Ländern völlig parallel. Einstellungen zu Kernwaffen und Abschreckung hängen mit dem Ausbildungsstand nicht zusammen. Die höher ausgebildeten Befragten sprechen sich eher für militärische Verteidigung gegen eine östliche Aggression in Europa aus, sind aber gleichzeitig ablehnender gegenüber der NATO, der amerikanischen Truppenstationierung und den Verteidigungsausgaben. Wenn also amerikanischerseits der Vorwurf gegen die Entwicklung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik vorgetragen wird, die jüngeren und gebildeteren Bundesbürger seien zunehmend und besonders skeptisch gegenüber der Allianz und militärischer Sicherheitspolitik, dann ist dies zwar richtig, letzteres gilt aber für die Vereinigten Staaten genauso, wobei dieser Zusammenhang mit dem Bildungsstand dort eher noch stärker ist.

Während in den Vereinigten Staaten die Beziehungen zwischen den hier berücksichtigten sicherheitspolitischen Einstellungen und der Parteineigung insgesamt rund ebenso stark sind wie mit Alter, Geschlecht und Ausbildung, so sind sie in der Bundesrepublik etwa doppelt so kräftig. Die Richtung dieser Assoziationen ist dabei fast völlig parallel. Durchläuft man das Parteienspektrum von "links" nach "rechts", von Anhängern der Grünen zu solchen der CDU/CSU (bzw. von Befragten mit starker Identifikation mit den Demokraten zu solchen mit starker Identifikation mit den Republikanern), dann nimmt das Interesse an Sicherheitspolitik, die Perzeption östlicher Überlegenheit, das Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion und die Bedrohungswahrnehmung zu. Gleichzeitig steigt die Befürwortung von Kernwaffen und Abschreckung, die Verteidigungsbereitschaft, die Unterstützung für die NATO, die Truppenstationierung und den Verteidigungshaushalt³¹. Die einzige Abweichung zwischen den beiden Ländern ist bei der Frage nach der Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion festzustellen. Hier erwarten Republikaner eher eine Verbesserung als Demokraten, Anhänger der CDU/CSU erwarten aber eher eine Verschlechterung als Wähler der Grünen; für die USA ist diese Beziehung jedoch statistisch nicht signifikant.

Der große Unterschied zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten ist mithin nicht in der Richtung der parteipolitischen Polarisierung sicherheitspolitischer Attitüden festzustellen, sondern in ihrer Stärke. In den USA sind derartige Einstellungen nach parteipolitischer Orientierung nicht stärker differenziert als nach den hier einbezogenen sozialstrukturellen Größen, wobei der Ausbildungsstand eher eine noch größere Rolle spielt. In der Bundesrepublik hängen die sicherheitspolitischen Einstellungen mit diesen sozialstrukturellen Größen insgesamt etwa ebenso stark zusammen wie in den Vereinigten Staaten, das Lebensalter ist aber wichtiger als die Ausbildung. Die Polarisierung nach der parteipolitischen Orientierung schließlich ist in der Bundesrepublik rund

31 Die Zusammenhänge zwischen sicherheitspolitischen Einstellungen und dem "liberal-konservativ"-Kontinuum sind in den USA praktisch dieselben wie diejenigen mit der Parteibindung - und zwar sowohl nach Richtung wie nach Stärke. Die einzige Abweichung ist bei den anzustrebenden militärischen Kräfteverhältnissen zu beobachten. Konservativere Befragte sprechen sich eher für eine Überlegenheit der USA aus, nach der Parteibindung sind es jedoch eher die Anhänger der Demokratischen Partei, die Überlegenheit wünschen. Dies dürfte vor allem mit dem unterschiedlichen Bildungsniveau bei Anhängern der Demokraten und der Republikaner zusammenhängen.

doppelt so stark wie nach der Sozialstruktur; am deutlichsten ist diese Polarisierung bei den Einstellungen zur NATO, zur amerikanischen Truppenpräsenz und zu den Verteidigungsausgaben ausgeprägt.

Der Hauptgrund für diese Abweichung zwischen den beiden Ländern ist natürlich vor allem in ihrer parteipolitischen Diskussion über Sicherheitsfragen im letzten Jahrzehnt zu finden. Diese Diskussion war in den USA nicht völlig frei von parteipolitischen Kontroversen, aber verglichen mit der Bundesrepublik waren sie ziemlich milde, nicht zuletzt deshalb, weil in den beiden großen amerikanischen Parteien jeweils selbst eine große Spannbreite inhaltlicher Positionen zu diesem Politikbereich vertreten ist. Die Expansion des amerikanischen Militärpotentials unter der Reagan-Administration wurde bereits im letzten Jahr der Präsidentschaft Carters eingeleitet. Die zugrundeliegende Haltung, Amerika müsse militärisch "second to none" sein und den Frieden durch Stärke sichern³², erfreut sich in der amerikanischen öffentlichen Meinung einer Zustimmung, die als ausgesprochen "bipartisan" bezeichnet werden muß. Ähnliches gilt für die neuere Diskussion über die Folgen des Haushaltsdefizits für den Verteidigungsetat und die Notwendigkeit, die Verbündeten zu einer stärkeren Beteiligung an den Kosten ihrer Sicherheit zu bewegen. In der Bundesrepublik dagegen waren die sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen der achtziger Jahre von starker parteipolitischer Konfrontation gekennzeichnet - mit besonders klaren Frontstellungen nach dem Ende der sozialliberalen Koalition. Die unterschiedliche Polarisierung der öffentlichen Meinung in beiden Ländern nach der Parteibindung spiegelt diese verschiedenartigen Frontverläufe der parteilichen Auseinandersetzungen auf der Elitenebene wieder.

5. Zusammenhänge zwischen verschiedenen sicherheitspolitischen Einstellungen

In diesem letzten Abschnitt wenden wir uns nun der Frage zu, inwiefern die einzelnen berichteten sicherheitspolitischen Einstellungen zueinander in inhaltlich interpretierbaren Beziehungen stehen. Es wird davon ausgegangen, daß zwischen den allgemeinen Kategorien derartiger Attitüden (wie sie zu Beginn des dritten Abschnitts beschrieben wurden) gewissermaßen hierarchische Zusammenhänge bestehen. Innerhalb der Perzeptionen der sicherheitspolitischen Ausgangslage wird vermutet, daß Bedrohungswahrnehmungen von Einschätzungen der militärischen Kräfteverhältnisse und der sowjetischen Intentionen abhängen. Einstellungen zu Abschreckung und Verteidigung als allgemeinen Konzepten dürften von solchen Perzeptionen der sicherheitspolitischen Lage beeinflusst werden. Die nächste Stufe in der Hierarchie sollten dann Einstellungen zur NATO und (im Falle der Bundesrepublik) zur Bundeswehr als zentralen Institutionen der westlichen Sicherheitspolitik sein; es wird unterstellt, daß sie durch Wahrnehmungen der Sicherheits-

32 Siehe hierzu vor allem die Arbeiten von W. Schneider, *Peace and Strength: American Public Opinion on National Security*, in: G. Flynn/H. Rattinger (Hrsg.), *The Public and Atlantic Defense*, Totowa, N.J.: Rowman & Allanheld 1985, S. 321-364; ders., "Rambo" and Reality: Having It Both Ways, in: K. Oye (Hrsg.), *Eagle Resurgent? The Reagan Era in American Foreign Policy*, Boston: Little & Brown 1986, S. 41-74.

lage und durch Einstellungen zu Abschreckung und Verteidigung geprägt werden. Die letzte Ebene sollten die Einstellungen zum Verteidigungshaushalt als einer konkreten Folge solcher Sicherheitsarrangements sein, die von Attitüden auf allen voranstehenden Ebenen dieser Hierarchie beeinflusst werden dürften³³.

Leider kann dieses theoretische Konzept hier nicht durch eine vollständige Kausalanalyse oder eine hierarchische konfirmatorische Faktorenanalyse überprüft werden, weil, wie erwähnt, für die Bundesrepublik nur ausgewählte bivariate Zusammenhangsmaße zur Verfügung standen³⁴. Deshalb wurden auch für die Vereinigten Staaten nur vergleichbare einfache bivariate Statistiken berechnet. Dies beschränkt die Reichweite der Analyse natürlich ganz erheblich. Andererseits läßt sich auch auf dieser Grundlage schon eine Reihe von interessanten Vergleichen zwischen den beiden Nationen anstellen.

- 33 Als Arbeiten, die von einer derartigen hierarchischen Anordnung sicherheitspolitischer Attitüden ausgehen, vgl. vor allem M. Peffley, A Hierarchical Model of Attitude Constraint, in: *American Journal of Political Science*, 29. Jg. 1985, S. 871-890; J.M. Hurwitz/M. Peffley, How are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model, in: *American Political Science Review*, 81. Jg. 1987, S. 1099-1120; Ziegler The Structure of Western European Attitudes (Anm. 18). Siehe auch die Arbeiten von E.R. Wittkopf, The Structure of Foreign Policy Attitudes: An Alternative View in: *Social Science Quarterly*, 62. Jg. 1981, S. 108-123; ders./M.A. Maggioletto, The Two Faces of Internationalism: Public Attitudes Toward American Foreign Policy in the 1970s - and Beyond?, in: *Social Science Quarterly*, 64. Jg. 1983, S. 288-304; ders., On the Foreign Policy Beliefs of the American People: A Critique and Some Evidence, in: *International Studies Quarterly*, 30. Jg. 1986, S. 425-445, bei dem aber weniger von einer mehrstufigen Hierarchie die Rede ist. Vielmehr werden einzelne sicherheitspolitische Einstellungen vorwiegend als Funktion von Grundüberzeugungen über die militärische und ökonomische Rolle der USA in der Welt betrachtet, nach denen die Bevölkerung in vier Klassen mit unterschiedlichen Weltbildern zerlegt werden kann.
- 34 Obwohl kaum in irgendeinem Land der Welt so viele Umfragen wie in der Bundesrepublik zu sicherheitspolitischen Themen durchgeführt worden sein dürften, ist die Verfügbarkeit von Daten für die Sekundäranalyse denkbar schlecht. Das liegt vor allem daran, daß derartige Studien vorwiegend aus aktuellem und deskriptivem Interesse in Auftrag gegeben werden und das Bedürfnis nach weitergehender Analyse älterer Daten bei den Auftraggebern kaum besteht. Ferner spielen wegen der Art der Thematik und/oder der Auftraggeber sachlich wenig gerechtfertigte Gesichtspunkte der "Vertraulichkeit" eine Rolle. Nach Einschätzung des Verfassers dürften ironischerweise die für die United States Information Agency in der Bundesrepublik erhobenen Daten am ehesten für die Sekundäranalyse zugänglich sein, weil sie nach einer Wartezeit von einigen Jahren sämtlich an die National Archives and Records Administration in Washington abgegeben werden.

Tabelle 4: Zusammenhänge zwischen sicherheitspolitischen Einstellungen in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten

	Kommunistische/sowjetische Bedrohung		
	BRD	USA	Anzahl der ATS-Studien
Militärische Kräfteverhältnisse insgesamt	29 ^c	--	--
Militärische Kräfteverhältnisse USA-UdSSR	23 ^c	21 ^c	2
Militärische Kräfteverhältnisse bei Kernwaffen	30 ^c	18 ^b	2
Militärische Kräfteverhältnisse bei konventionellen Waffen	27 ^c	06	1
Mittel militärische Kräfteverhältnisse	27	15	
Erwartung zur Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion	-34 ^c	-26 ^c	3
Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion	61 ^c	35 ^c	5
Absolute Mittelwerte ^d	41	25	

	Abschreckung und Kernwaffen			Verhalten bei östlichem Angriff		
	BRD	USA	Zahl der ATS-Studien	BRD	USA	Zahl der ATS-Studien
Erwartung zur Entwicklung der Beziehungen zur UdSSR	--	-15 ^b	1	--	--	--
Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion	--	19 ^c	1	--	--	--
Kommunistische/sowjetische Bedrohung	39 ^c	21 ^b	2	27 ^c	13 ^a	5

	Abzug amerikanischer Truppen		Zahl der ATS-Studien	Bundeswehr sichert Frieden	NATO Mitgliedschaft	Ausgaben für Sicherheit Europas	
	BRD	USA				BRD	USA
Kommunistische Bedrohung	34 ^c	15 ^a	1	17 ^c	25 ^c	16 ^a	3
Abschreckung und Kernwaffen	40 ^c	--	--	34 ^c	--	17 ^a	2
Verhalten bei östlichem Angriff	40 ^c	--	--	28 ^c	--	18 ^a	4

	Höhe der Verteidigungsausgaben		Zahl der ATS-Studien
	BRD	USA	
Kommunistische/sowjetische Bedrohung	41 ^c	22 ^c	2
Bundeswehr sichert Frieden	58 ^c	--	--
Ausgaben für die Sicherheit Europas	--	28 ^c	2
Abzug amerikanischer Truppen	62 ^c	20 ^b	2
Mittelwerte	54	23	

Die Einträge dieser Tabelle sind Pearsonsche Kontingenzkoeffizienten *C* wie in der Anmerkung zu Tabelle 3 erläutert.

--: In den Daten nicht verfügbar.

a: $p < 0,05$

b: $p < 0,01$

c: $p < 0,001$

d: Diese Mittelwerte sind die Zusammenhänge mit den verschiedenen Einschätzungen militärischer Kräfteverhältnisse über deren Mittelwerte eingegangen (fünfte Zeile).

Aus Tabelle 4 geht hervor, daß die obige Erwartung eines deutlichen Effekts sonstiger Perzeptionen der sicherheitspolitischen Ausgangslage auf Bedrohungswahrnehmungen berechtigt ist. In der Bundesrepublik wie in den USA nimmt die Bedrohungswahrnehmung mit der Perzeption östlicher militärischer Überlegenheit zu, sie sinkt mit der Erwartung von Verbesserungen im Verhältnis zur Sowjetunion und steigt mit dem Mißtrauen gegenüber der UdSSR. Die Stärke dieser Assoziationen nimmt in beiden Ländern in dieser Reihenfolge zu: Einschätzungen der militärischen Kräfteverhältnisse haben den geringsten, Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion hat den stärksten Effekt auf die Bedrohungswahrnehmung. Innerhalb der verschiedenen Beurteilungen der militärischen Balance unterscheiden sich die Folgen von Wahrnehmungen konventioneller Überlegenheit des Ostens zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik beträchtlich. In der Bundesrepublik wirken sich derartige Perzeptionen viel stärker auf die Bedrohungsvorstellungen aus, was die niedrigere direkte Betroffenheit der USA durch die konventionellen Kräfteverhältnisse reflektiert. Insgesamt gesehen, sind diese Zusammenhänge für die Bundesrepublik wesentlich stärker als für die Vereinigten Staaten; einem mittleren absoluten Kontingenzkoeffizienten von 0,41 für die Bundesrepublik steht in den USA einer von 0,25 gegenüber.

Dieselbe Reihenfolge findet man bei der Abhängigkeit der Einstellungen zu Abschreckung, Kernwaffen und Verteidigung von Perzeptionen der sicherheitspolitischen Ausgangslage vor. In beiden Ländern steigt die Befürwortung von nuklearer Abschreckung und militärischer Verteidigung im Fall eines östlichen Angriffs in Europa mit höheren Bedrohungswahrnehmungen signifikant an, in der Bundesrepublik aber deutlich stärker. Für die Vereinigten Staaten zeigt Tabelle 4 darüber hinaus, daß die Akzeptanz nuklearer Abschreckung auch mit dem Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion und dem Pessimismus hinsichtlich der Ost-West-Beziehungen zunimmt; für die Bundesrepublik

liegen Ergebnisse hierzu nicht vor, es ist aber zu vermuten, daß dieser Zusammenhang auch hierzulande vorzufinden wäre.

Einstellungen zu den institutionellen Sicherheitsarrangements hängen wie erwartet mit den Einstellungen zu Abschreckung und Verteidigung und mit Bedrohungsperzeptionen zusammen. Wer sich für Abschreckung und militärische Verteidigung gegen Aggression ausspricht und die östliche Bedrohung eher für größer hält, ist auch eher für die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO, gegen den Abzug amerikanischer Truppen und glaubt eher an die friedenssichernde Rolle der Bundeswehr. In den USA gehen solche Einstellungen ebenfalls mit einer stärkeren Ablehnung des Truppenabzugs und einer größeren Bereitschaft einher, die eigenen Ausgaben für die Sicherheit Europas im Rahmen der Bündnisverpflichtungen zu tolerieren. Erneut sind diese Beziehungen in der Bundesrepublik aber deutlich stärker ausgeprägt als in den Vereinigten Staaten. Dies gilt auch - und noch deutlicher - für den letzten Teil der Tabelle 4, in dem Beziehungen zwischen Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben und solchen zur östlichen Bedrohung und zu institutionellen Sicherheitsvorkehrungen wiedergegeben werden. Erwartungsgemäß kovariieren stärkere Bedrohungswahrnehmungen und Befürwortung der Allianz (und im Fall der Bundesrepublik der Rolle der Bundeswehr für die Friedenssicherung) signifikant mit größerer Akzeptanz der Militäretats. Bemerkenswerterweise hängt diese Akzeptanz in der Bundesrepublik viel deutlicher von der Akzeptanz der sicherheitspolitischen Institutionen ab als von dem Bedrohungsgefühl.

Diese Befunde sind abschließend in dreierlei Hinsicht diskussionsbedürftig. Erstens hat sich herausgestellt, daß die Beziehungen zwischen verschiedenen sicherheitspolitischen Einstellungen in den USA und der Bundesrepublik stets gleichgerichtet sind, in der Bundesrepublik aber viel stärker ausfallen. Berechnet man absolute Gesamtmittel über die Tabelle 4 hinweg (was wegen der teilweise unterschiedlichen einbezogenen Fragen etwas gewagt ist), so erhält man für die Vereinigten Staaten einen Wert von 0,20, für die Bundesrepublik einen Wert von 0,38. Dies widerspricht der Erwartung, daß die Assoziationen für die USA eher höher ausfallen müßten, weil die dortigen Stichproben für die (besser ausgebildeten) registrierten Wähler repräsentativ sind, nicht für die Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren wie in der Bundesrepublik³⁵.

Heißt das, daß diese Einstellungen hierzulande rund doppelt so stark intern strukturiert sind, daß sie in der Bundesrepublik viel mehr aus anderen sicherheitspolitischen Attitüden folgen, während sie in den USA eher zufällig sind oder aber von irgendwelchen anderen Einstellungen geprägt werden, die hier nicht berücksichtigt wurden? Gegenüber einer solchen Schlußfolgerung ist aus zwei Gründen Vorsicht angezeigt. Einerseits ist die Auswahl von Einstellungsmerkmalen in diesem Beitrag von der Verfügbarkeit deutscher Daten diktiert; sie umfaßt somit nicht notwendigerweise alle für die sicherheitspolitische Diskussion in den Vereinigten Staaten relevanten Dimensionen. Es ist denkbar, daß zu hier ausgeblendeten Themenbereichen, die für die USA relevanter sind als für die Bundesrepublik (z.B. strategische Rüstungskontrolle, SDI, Mittelamerikapolitik), dort eine stärkere Strukturierung der sicherheitspolitischen Einstellungen vorzufinden ist. Ande-

rerseits ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß die für die Bundesrepublik berichteten Zusammenhänge vor allem deshalb so hoch sind, weil - wie im letzten Abschnitt festgestellt - die einzelnen Einstellungen viel stärker als in den Vereinigten Staaten durch die Parteinigung geprägt werden. Die in Tabelle 4 berichteten höheren Kontingenzkoeffizienten für die Bundesrepublik könnten somit viel eher als für die USA Scheinbeziehungen wiedergeben, die durch Kontrolle der Parteinigung in beiden Ländern deutlicher absinken würden, so daß dieser unterschiedliche Befund verringert, wenn nicht gar gänzlich beseitigt würde.

Zweitens ist, damit zusammenhängend, die Frage nach dem Ausmaß der Strukturierung von sicherheitspolitischen Attitüden in beiden Ländern aufzuwerfen. Diese Frage erinnert etwas an das Problem, ob ein Glas Wasser zutreffend als halb voll oder als halb leer zu bezeichnen ist, und sie ist dazu angetan, Glaubenskriege unter in diesem Bereich tätigen Forschern hervorzurufen. Dies ist so, weil seit den Arbeiten von Converse³⁶ die Intensität der Zusammenhänge zwischen verschiedenen Attitüden zu einem Themenbereich als ein Indikator dafür aufgefaßt wird, inwiefern kohärente Überzeugungssysteme vorliegen und die Reaktionen auf Einstellungsfragen nicht nur sogenannte Nicht-Einstellungen ("non-attitudes") wiedergeben. In der Literatur ist vielfach der Verdacht ausgesprochen worden, daß der Anteil solcher "Nicht-Einstellungen" zum sicherheitspolitischen Bereich angesichts von Informationsdefiziten und seiner relativ geringen persönlichen Relevanz besonders hoch sein dürfte³⁷. Gegen derlei Vermutungen und Befunde wird dreierlei angeführt: Erstens die unbestrittene relativ hohe Aggregatstabilität von Einstellungsverteilungen zur Sicherheitspolitik über die Zeit hinweg³⁸ und zweitens Daten, die einen hohen einschlägigen Informationsstand der öffentlichen Meinung belegen sollen³⁹. Drittens schließlich werden Ergebnisse wie die hier vorgelegten so interpretiert, daß Konsistenz und Kohärenz von sicherheitspolitischen Einstellungen im Massenpubli-

36 Vgl. Anm. 15.

37 Vgl. z.B. C.W. Kegley, Assumptions and Dilemmas in the Study of Americans' Foreign Policy Beliefs: A Caveat, in: *International Studies Quarterly*, 30. Jg. 1986, S. 447-471; Rattinger, Change Versus Continuity (Anm. 9).

38 Vgl. Shapiro/Page Foreign Policy (Anm. 17). Das Argument dieses Aufsatzes, aus hoher Aggregatstabilität auf "Rationalität" des Publikums zu schließen, erscheint völlig unhaltbar. Derartige Stabilität sagt absolut nichts über Stabilität oder Kohärenz solcher Einstellungen auf der individuellen Ebene aus.

39 Vgl. T.W. Graham, The Pattern and Importance of Public Knowledge in the Nuclear Age, in: *Journal of Conflict Resolution*, 32. Jg. 1988, S. 319-334. Dieser Aufsatz ist ein besonders gutes Beispiel für die Beliebigkeit, mit der Daten zu sicherheitspolitischen Informationsniveaus in der Bevölkerung manchmal gehandhabt werden. Der Verfasser präsentiert die Ergebnisse einer Vielzahl einschlägiger Fragen, aus denen z.B. hervorgeht, daß 100 Prozent der Amerikaner vom Atombombeneinsatz gegen Japan wissen, während etwa je drei Prozent detailliertere Kenntnisse über SALT II und den INF-Vertrag haben. Befunde der ersten Art werden als Beleg guter Kenntnisse gewertet, solche der letzteren Art werden für unerheblich erklärt, weil es dabei um irrelevante Detailkenntnisse gehe.

kum tatsächlich vorhanden sind, weil sie gewissermaßen in plausiblen und erwartbaren Beziehungen zueinander stehen, die eine interne Logik signalisieren⁴⁰.

Es kann jedoch in dieser Frage nicht damit getan sein, daß man die "vorhergesagten" Richtungen der Zusammenhänge zur Kenntnis nimmt, ihre Stärke aber ignoriert, denn Einstellungskonsistenz ist keine Eigenschaft, die entweder vorliegt oder nicht, sondern es handelt sich um ein Kontinuum. Natürlich sprechen die Befunde dieses Abschnitts insofern für Konsistenz, als die meisten Kontingenzkoeffizienten in Tabelle 4 statistisch signifikant von Null verschieden sind und in ihrer Richtung durchweg mit den eingangs formulierten Erwartungen übereinstimmen, wonach Perzeptionen militärischer Überlegenheit, Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion, Bedrohungsvorstellungen, Befürwortung von Abschreckung, Verteidigung, der NATO und von Verteidigungsausgaben miteinander systematisch korreliert sein sollten. Bedenkt man aber, daß bei Kontrolle der Parteineigung diese Zusammenhangsmaße für die Vereinigten Staaten etwas und für die Bundesrepublik stärker absinken dürfte, dann können die meisten der hier berichteten Assoziationen nicht als besonders stark betrachtet werden.

In der Tat kann man z.B. die Bedrohungsperzeption eines Individuums in der Bundesrepublik und in den USA besser vorhersagen, wenn man die jeweilige Einschätzung der militärischen Balance kennt als wenn das nicht der Fall ist, andererseits sind aber viele Individuen mit hoher Bedrohungswahrnehmung weniger von östlicher Überlegenheit überzeugt als viele andere mit geringem Bedrohungsgefühl. Bei Kontingenzkoeffizienten in der Größenordnung von 0,2, 0,3 oder auch 0,4 treten solche "Inkonsistenzen" noch bei ganz beträchtlichen Anteilen der Stichproben auf⁴¹. Die Schlußfolgerung des Verfassers lautet deshalb, daß Konsistenz und Kohärenz sicherheitspolitischer Attitüden in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten in den späten achtziger Jahren gleichgerichtet verlaufen, daß jedoch die Stärke der Zusammenhänge (besonders nach der hier nicht durchführbaren Kontrolle der Parteineigung) nicht für besonders stark ausgeprägte sicherheitspolitische Weltbilder spricht. Bisherige Befunde, wonach Umfragestudien zu diesem Politikbereich häufig auch einzelne Einstellungsmessungen produzieren, die bei vielen Probanden nicht durch stringente Logik aus anderen Attitüden abgeleitet sind, sondern eher Eigenheiten der jeweiligen Fragetexte oder die Positionen der präferierten Parteien widerspiegeln - oder einfach zufällig sind -, erscheinen nicht revisionsbedürftig.

Zum Schluß ist drittens noch kurz auf die Bedeutung von Bedrohungsvorstellungen für die Akzeptanz militärischer Sicherheitspolitik einzugehen, wie sie sich aus der hier vorgelegten Analyse ergibt. In der Tat wird in den USA eine östliche Bedrohung deutlich häufiger gesehen als in der Bundesrepublik - und von auffälligen Akzeptanzproblemen spricht für die Vereinigten Staaten niemand, wohl aber für die Bundesrepublik. In der öf-

40 Vgl. Munton, Up (or Down) on Arms (Anm. 18) sowie, weit weniger apodiktisch, auch Hurwitz/Peffley, How are Foreign Policy Attitudes Structured? (Anm. 33).

41 In einer Vierfeldertafel besagt z.B. ein analog zu den Tabellen 3 und 4 berechneter Kontingenzkoeffizient von 0,277, daß 60 Prozent der Fälle die jeweilige Hypothese unterstützen und 40 Prozent ihr widersprechen. Dies ist zwar sicherlich statistisch signifikant in dem Sinne, daß von einer Beziehung auszugehen ist. Eine sonderlich starke Beziehung ist das aber eben nicht.

fentlichen Diskussion in der Bundesrepublik und in der amerikanischen Kritik an der Entwicklung der hiesigen öffentlichen Meinung wird gerade dieses geringe Bedrohungsgefühl häufig in den Vordergrund gestellt und als Hauptursache für einen Rückgang öffentlicher Zustimmung zur etablierten militärischen Sicherheitspolitik bezeichnet. Dieser Argumentation ist aufgrund der obigen Befunde zweierlei entgegenzuhalten: Erstens kann von einem dramatischen Rückgang der Zustimmung zu den institutionellen Vorkehrungen der Sicherheitspolitik nicht die Rede sein⁴², zweitens ist der Zusammenhang zwischen dieser Zustimmung und den Bedrohungsvorstellungen überhaupt nicht so stark, und zwar weder in den Vereinigten Staaten noch in der Bundesrepublik. Genau dies ist die Ursache dafür, daß in den USA zwar höhere Bedrohungsvorstellungen existieren können als in der Bundesrepublik, gleichzeitig aber auch eine wesentlich stärkere Befürwortung eines Truppenabzugs, daß ferner in der Bundesrepublik das Gefühl der Bedrohung über die achtziger Jahre hinweg stark zurückgehen konnte, ohne daß die Befürwortung institutioneller Sicherheitsarrangements einen vergleichbaren Einbruch erlebte.

Natürlich sind auf der individuellen Ebene die Einschätzung der Bedrohung und die Zustimmung zu sicherheitspolitischen Lösungen nicht völlig unabhängig voneinander, aber in beiden Ländern gilt, daß die erstere weit davon entfernt ist, die letztere besonders stark zu determinieren. Man kann im Querschnitt erzielte Befunde nicht ohne weiteres in längszeitliche Argumente umsetzen. Bei den hier berücksichtigten Umfragen scheint jedoch zu gelten, daß stärkere Bedrohungsgefühle eine niedrigere Akzeptanz sicherheitspolitischer Vorkehrungen zwar erschweren, keineswegs jedoch völlig verhindern können. Umgekehrt ist fortgesetzte Akzeptanz dieser Vorkehrungen auch bei geringeren Bedrohungswahrnehmungen möglich, eben weil diese beiden Konzepte nur in einer relativ losen Beziehung zueinander stehen. Für die bundesrepublikanische Diskussion heißt das, daß sicherheitspolitische Akzeptanzprobleme - so es diese in bedenklichem Ausmaß gibt - auch durch eine erneute Zunahme der Bedrohungswahrnehmungen (die weder wünschbar noch ohne weiteres manipulierbar erscheint) nicht notwendigerweise beseitigt würden. Wer sich um derartige Probleme sorgt, muß sich darüber Gedanken machen, wie man ihnen bei den als gegeben zu betrachtenden relativ niedrigen Bedrohungsvorstellungen beikommen kann - keine ganz leichte Aufgabe.

6. Schlußbemerkungen

Die wichtigsten Abweichungen der Befunde zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten wurden bereits in den vorangehenden Abschnitten jeweils zusammengefaßt, so daß eine Wiederholung hier nicht angezeigt ist. Vielmehr sollen diese Ergebnisse abschließend nur kurz in den politischen Kontext gestellt werden. Wenn von amerikanischer Seite die Entwicklung der öffentlichen Meinung zur Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik als bedenklich charakterisiert wird, dann lassen sich dafür sicherlich Be-

42 Siehe die in Anm. 17 zitierte Literatur.

lege finden - dieser Beitrag enthält einige. Hervorzuheben ist aber, daß sie bei Einstellungen zum Kernbereich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, zur NATO und zur amerikanischen Truppenpräsenz, gerade nicht anzutreffen sind. Was diese Attitüden angeht, so müssen Besorgnisse genau andersherum formuliert werden, nämlich gegenüber der schwächeren Unterstützung der Allianz und ihrer Lasten in der amerikanischen Öffentlichkeit. Weil in beiden Ländern einzelne sicherheitspolitische Attitüden nicht sonderlich eng miteinander zusammenhängen, weil sie nicht einfach durch Bedrohungsvorstellungen determiniert werden, können auf beiden Seiten gegenläufige Einstellungsmuster koexistieren. In der Bundesrepublik ist die Zustimmung zur NATO auch in den späten achtziger Jahren trotz geringer Bedrohungswahrnehmungen und geringen Mißtrauens gegenüber der Sowjetunion ausgesprochen hoch, in den Vereinigten Staaten ist die Unterstützung für die Bündnisverpflichtungen viel niedriger, obwohl der Osten viel skeptischer beurteilt wird. Insofern könnte man die öffentliche Meinung in beiden Ländern als eher vorsichtig bezeichnen, diese Vorsicht äußert sich aber unterschiedlich. Amerikaner sind eher zurückhaltend darin, ihr "Feindbild" zu revidieren, die westdeutsche Öffentlichkeit hat diese Revision in viel stärkerem Maß schon vollzogen, zögert aber, die Rückversicherung der bisherigen Bündnispolitik in Frage zu stellen.

Wenn der wechselseitige Austausch von Anklagen gefragt ist, so könnte die Bundesrepublik ebenfalls auf Munition aus dem Bereich der öffentlichen Meinung zurückgreifen und die USA auf die dortige geringere Zustimmung zu den Bündnisverpflichtungen hinweisen. Sonderlich hilfreich ist die Strapazierung eines solchen Vergleichs aber nicht. Erstens unterstreicht er nur, daß in der Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten die Gewährleistung der eigenen Sicherheit viel eher auch ohne derartige Bündnisverflechtungen vorstellbar ist als in der Bundesrepublik. Zweitens lädt er zu daraus ableitbaren Pressionen geradezu ein. Viel wichtiger als die "Waffengleichheit" im Bereich gegenseitiger Beschuldigungen ist es, diese Beobachtung hierzulande gebührend zur Kenntnis zu nehmen und zu bewerten.

Das Bedürfnis der amerikanischen Öffentlichkeit nach militärischer Stärke, nach dem Gefühl, "second to none" zu sein, wurde während der Reagan-Administration befriedigt. Die Kosten dieser Bedürfnisbefriedigung werden jetzt in Form des Haushaltsdefizits und des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts deutlich. Angesichts dieser Probleme liegt es nahe, die Lasten für die eigene Sicherheit und aus den überseeischen Verpflichtungen kritisch zu überprüfen. In eine solche Überprüfung gehen die Veränderungen des Ost-West-Verhältnisses ein, die teilweise als zu voreilig empfundenen Reaktionen der Verbündeten darauf sowie nicht zuletzt die scharfe wirtschaftliche Konkurrenz mit ihnen. Letztere bedroht die wirtschaftliche Vorrangstellung der Vereinigten Staaten zu einer Zeit, in der die militärische einerseits wieder als gesichert, andererseits aber durch die Verbesserung der Beziehungen zur östlichen Supermacht als weniger relevant erscheint. Eine Verringerung der eigenen Bündnisverpflichtungen drängt sich angesichts dieser Faktoren als Lösung geradezu auf. Die öffentliche Meinung allein wird die Vereinigten

Staaten nicht auf einen solchen Kurs zwingen, aber das "neue Denken"⁴³ in Amerika ist für diesen Kurs aufnahmebereit. Man sollte sich deshalb in der Bundesrepublik davor hüten, angesichts der Veränderungen der sicherheitspolitischen Einstellungen in der eigenen Bevölkerung die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten zu übersehen. Es ist nicht auszuschließen, daß aus einer weiteren Erosion der Unterstützung für die Bündnisverpflichtungen in der amerikanischen Öffentlichkeit für die Bundesrepublik wesentlich gravierendere Probleme entstehen könnten als aus dem hiesigen Rückgang von Bedrohungswahrnehmungen.

Literatur

- Almond, G., *The American People and Foreign Policy*. New York: Praeger 1950
- Berger, M./W.G. Gibowski/M. Jung/ D. Roth/W. Schulte, Die Konsolidierung der Wende: Eine Analyse der Bundestagswahl 1987, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 18. Jg. 1987, S. 253-284
- Bishop, G.F./R.W. Oldendick/A.J. Tuchfarber/S.W. Bennett, Attitudes and Nonattitudes in the Belief System of Mass Publics, in: *Journal of Social Psychology*, 110. Jg. 1980, S. 53-64
- dies., Pseudo-Opinions on Public Affairs, in: *Public Opinion Quarterly*, 44. Jg. 1980, S. 198-209
- Cimbala, S.J., *Extended Deterrence*, Lexington, Mass.: Lexington Books 1987
- Cioc, M., *Pax Atomica: The Nuclear Defense Debate in West Germany During the Adenauer Era*, New York: Columbia University Press 1988
- Converse, P.E., The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: D.E. Apter (Hrsg.), *Ideology and Discontent*, New York: 1964, S. 206-261
- dies., Attitudes and Non-Attitudes, in: E.R. Tuft (Hrsg.), *The Quantitative Analysis of Social Problems*, Reading, Mass.: Addison-Wesley 1970, S. 168-189
- Dean, J., The INF Agreement: Pluses and Minuses for Western Security, in: *Arms Control Today (July/August)*, 17. Jg. 1987, S. 3-10
- Eichenberg, R.C., Public Opinion and National Security in Europe and the United States, in: L. Brady (Hrsg.), *NATO in the 1980s*, New York: Praeger 1985, S. 226-248
- dies., *Public Opinion and National Security in Western Europe: Consensus Lost?* Ithaca, N.Y.: Cornell University Press 1989
- Falter, J.W./H. Rattinger, Die Bundestagswahl 1983: Eine Normalwahlanalyse, in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hrsg.), *Wahlen und politischer Prozeß*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1986, S. 289-337
- Garding, H., Ostpolitik und Arbeitsplätze: Issues 1972 und 1976, in: D. Oberndörfer (Hrsg.), *Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot 1978, S. 327-390

43 Vgl. D. Yankelovich/R. Smoke, America's "New Thinking", in: *Foreign Affairs*, 67. Jg. 1988, S. 1-17.

- Gasteyger, C., Europa nach dem INF-Abkommen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1988, H. 10, S. 3-10
- Gordon, M.R., INF: A Hollow Victory?, in: *Foreign Policy*, 1987, H. 68, S. 159-179
- Graham, T.W., The Pattern and Importance of Public Knowledge in the Nuclear Age, in: *Journal of Conflict Resolution*, 32. Jg. 1988, S. 319-334
- Heisbourg, F., Nach dem INF-Abkommen von Washington: Für eine Weiterentwicklung der Grundlagen des Atlantischen Bündnisses, in: *Europa-Archiv*, 43. Jg. 1988, S. 119-128
- Hurwitz, J./M. Peffley, How are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model, in: *American Political Science Review*, 81. Jg. 1987, S. 1099-1120
- Kegley, C.W., Assumptions and Dilemmas in the Study of Americans' Foreign Policy Beliefs: A Caveat, in: *International Studies Quarterly*, 30. Jg. 1986, S. 447-471
- Mahncke, D., A Comprehensive Concept for Security and Arms Control in Europe, in: D. Dewitt/H. Rattinger (Hrsg.), *East-West Arms Control: The New Challenges*, London: Routledge 1989
- Marttila, J., *A Survey of American Attitudes About Nuclear Weapons and Arms Control*, Boston: Marttila & Kiley 1985
- Meyer, B., *Der Bürger und seine Sicherheit: Zum Verhältnis von Sicherheitsstreben und Sicherheitspolitik*, Frankfurt a.M.: Campus 1983
- Munton, D., Up (or Down) on Arms: Canadian and American Perspectives of Security, erscheint in: D. Munton/H. Rattinger (Hrsg.), *Debating National Security: The Public Dimension*, Boulder, Col.: Westview 1989
- Mushaben, J.M., Cycles of Peace Protest in West Germany: Experiences from Three Decades, in: *West European Politics*, 8. Jg. 1985, S. 24-40
- Peffley, M., A Hierarchical Model of Attitude Constraint, in: *American Journal of Political Science*, 29. Jg. 1985, S. 871-890
- Rattinger, H., The Federal Republic of Germany: Much Ado About (Almost) Nothing, in: G. Flynn/H. Rattinger (Hrsg.), *The Public and Atlantic Defense*, Totowa, N.J.: Rowman & Allanheld 1985, S. 101-174
- ders./P. Heinlein, *Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung: Umfrageergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zum "heißen Herbst" 1983*, Berlin: Wissenschaftlicher Autoren Verlag 1986
- ders., Change Versus Continuity in West German Public Attitudes on National Security and Nuclear Weapons in the Early 1980s, in: *Public Opinion Quarterly*, 51. Jg. 1987, S. 495-521
- ders., The INF-Agreement and Public Opinion in West Germany, erscheint in: D. Dewitt/H. Rattinger (Hrsg.), *East-West Arms Control: The New Challenges*, London: Routledge 1989
- ders., Development and Structure of West German Public Opinion on Security Issues in the 1980s, in: D. Munton/H. Rattinger (Hrsg.), *Debating National Security: The Public Dimension*, Boulder, Col.: Westview 1989
- ders., The Bundeswehr and Public Opinion, in: S.F. Szabo (Hrsg.), *The Bundeswehr and Western Security*, London: Macmillan 1989

- Rielly, J.E. (Hrsg.), *American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1987*, Chicago: Council on Foreign Relations 1987
- Schneider, W., Peace and Strength: American Public Opinion on National Security, in: G. Flynn/H. Rattinger (Hrsg.), *The Public and Atlantic Defense*, Totowa, N.J.: Rowman & Allanheld 1985, S. 321-364
- ders., "Rambo" and Reality: Having It Both Ways, in: K. Oye (Hrsg.), *Eagle Resurgent? The Reagan Era in American Foreign Policy*, Boston: Little & Brown 1986, S. 41-74
- Schweigler, G., *West German Foreign Policy: The Domestic Consensus*, Beverly Hills: Sage 1983
- Shapiro, R. Y./B.I. Page, Foreign Policy and the Rational Public, in: *Journal of Conflict Resolution*, 32. Jg. 1988, S. 211-247
- SINUS, *Sowjetische und amerikanische Politik im Urteil der Deutschen in der Bundesrepublik: Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und des STERN*, München: SINUS 1988
- Szabo, S.F., West Germany: Generations and Changing Security Perspectives, in: S.F. Szabo (Hrsg.), *The Successor Generation: International Perspectives of Postwar Europeans*, London: Butterworths 1983, S. 43-75
- ders., The Federal Republic of Germany: Public Opinion and Defense, in: C.M. Kellerher/G. Mattox (Hrsg.), *Evolving European Defense Policies*, Lexington, Mass.: D.C. Heath 1987, S. 185-202
- ders., *Post-INF Germany: The Changing Politics of Defense in the Federal Republic* (Manuskript, Woodrow Wilson International Center for Scholars), Washington, D.C. 1988
- ders., West German Public Attitudes on Arms Control, in: C. Fisher/B. Blechman (Hrsg.), *The Silent Partner: West Germany and Arms Control*, Cambridge, Mass.: Ballinger 1988, S. 195-230
- ders., *West European Public Perceptions of Security Issues: A Survey of Attitudes in France, the FRG, Great Britain and Italy Over Three Decades* (Research Report, U.S. Information Agency), Washington, D.C. 1988
- ders., *Public Opinion and Foreign Policy in Europe and the United States: A Comparison of the Chicago Council and European Surveys*, Chicago: Council on Foreign Relations 1988
- ders., Public Opinion and the Alliance: European and American Perceptions of NATO and European Security, in: S. Sloan (Hrsg.), *NATO in the 1990s*, New York: Pergamon-Brassey's 1989
- United States Arms Control and Disarmament Agency, *World Military Expenditures and Arms Transfers 1987*, Washington, D.C.: United States Government Printing Office 1988
- Wittkopf, E.R., The Structure of Foreign Policy Attitudes: An Alternative View, in: *Social Science Quarterly*, 62. Jg. 1981, S. 108-123
- ders./M.A. Maggioletto, The Two Faces of Internationalism: Public Attitudes Toward American Foreign Policy in the 1970s - and Beyond? in: *Social Science Quarterly*, 64. Jg. 1983, S. 288-304

- ders., On the Foreign Policy Beliefs of the American People: A Critique and Some Evidence, in: *International Studies Quarterly*, 30. Jg. 1986, S. 425-445
- Yankelovich, D. (Hrsg.), *Americans Talk Security: Compendium of Poll Findings on the National Security Issue*, New York: D. Yankelovich Group 1987
- ders./R. Smoke, America's "New Thinking", in: *Foreign Affairs*, 67. Jg. 1988, S. 1-17
- Yost, D.S., West German Party Politics and Theater Nuclear Modernization Since 1977, in: *Armed Forces and Society*, 8. Jg. 1982, S. 525-560
- Ziegler, A.H., The Structure of Western European Attitudes Towards Atlantic Cooperation: Implications for the Western Alliance, in: *British Journal of Political Science*, 17. Jg. 1987, S. 457-477
- Zoll, R., Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Spiegel öffentlicher Meinungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland, in: R. Zoll (Hrsg.), *Sicherheit und Militär*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 33-65

Anhang: Frageformulierungen

Interesse an sicherheitspolitischen Themen:

Sind Sie im allgemeinen an der Bundeswehr und an Themen und Problemen, die die Bundeswehr betreffen, eher interessiert oder eher nicht interessiert?

How closely do you follow the kind of national security issues we've been talking about - I mean by reading articles or watching news programs about these issues - do you follow them very closely, fairly closely, not very closely, or not hardly at all?

Gespräche über Sicherheitspolitik:

Tell me one last thing - how many times before this have you had a conversation where you've talked about so many national security issues in such depth? Would you say never, once or twice, or many times?

Militärische Kräfteverhältnisse insgesamt:

Was meinen Sie, welcher Block ist zur Zeit militärisch überlegen, die NATO oder der Ostblock (Warschauer Pakt)?

Militärische Kräfteverhältnisse USA-UdSSR:

Sind die Streitkräfte der Amerikaner - alles in allem - ebenso stark wie die der Russen, stärker als die der Russen oder schwächer?

In terms of overall military strength, is it your impression that right now the United States is ahead of the Soviet Union, about even with them, or behind the Soviet Union in overall military strength?

Militärische Kräfteverhältnisse bei Kernwaffen:

Und wie ist Ihrer Meinung nach das Verhältnis bei den atomaren Waffen? Welches Militärbündnis halten Sie hinsichtlich der Atomwaffen für stärker?

Do you think the Soviets have a stronger nuclear arsenal than we do, do you think that America has nuclear superiority over the Soviets, or do you think the Soviets and Americans are roughly equal in nuclear weapons at the present time?

Militärische Kräfteverhältnisse bei konventionellen Waffen:

Wie ist dieses Verhältnis bei den konventionellen Waffen? Welches Bündnis besitzt wohl die stärkere konventionelle Bewaffnung?

In terms of conventional military strength - that is things like tanks, ships, planes and soldiers, not nuclear weapons - do you think that the United States is ahead of the Soviet Union, about even with them, or behind the Soviet Union?

Streben die USA nach militärischer Überlegenheit?:

Was meinen Sie, was streben die USA an: Ein militärisches Gleichgewicht mit der Sowjetunion - eine Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion - oder sind die USA auch bereit, eine Unterlegenheit auf dem militärischen Gebiet hinzunehmen?

Considering the number of nuclear weapons each side has available to attack the other, do you feel the best policy for the United States is to try to have more nuclear weapons than the Soviets, less nuclear weapons, or about the same number of nuclear weapons as the Soviets?

Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion:

Manche sagen, Moskau mißbrauche unsere Verständigungsbereitschaft, um seine Macht weiter auszudehnen. Andere sagen, die Sowjetunion meine es ernst mit der Entspannungspolitik. Welcher Ansicht würden Sie zustimmen?

In reaching agreements on nuclear arms control, do you think the Soviet Union can be trusted to keep their part of the bargain or not?

Erwartung zur Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion:

Wird unser Verhältnis zur Sowjetunion sich im Laufe der nächsten Zeit Ihrer Meinung nach eher verbessern, bleibt es unverändert oder wird es eher schlechter werden?

Do you think relations between the United States and the Soviet Union are getting better, getting worse, or staying about the same?

Kommunistische/sowjetische Bedrohung:

Ist Ihrer Meinung nach die kommunistische Bedrohung sehr groß, groß, nicht so groß oder nicht ernst zu nehmen?

How much of a threat would you say the Soviet Union is to the United States these days: A very serious threat, a serious threat, a minor threat, or not a threat at all?

Kernwaffen und Abschreckung:

Zwei Personen unterhalten sich über die atomare Rüstung in Europa. Welcher der beiden Meinungen stimmen Sie eher zu? 1. Meinung: Seit drei Jahrzehnten sind in Ost- und West-Europa Atomwaffen stationiert. Seitdem leben wir hier auf einem Pulverfaß. Doch der Einsatz von Atomwaffen zwischen Ost und West wäre etwas so Schreckliches, daß man Atomwaffen sofort abschaffen sollte. 2. Meinung: Gerade, weil man weiß, wie schrecklich der Einsatz von Atomwaffen wäre, sind sie in den letzten drei Jahrzehnten auch nie eingesetzt worden. Und weil man ihren Einsatz auf beiden Seiten so sehr fürchtet, hat es seitdem auch keine großen militärischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West gegeben. Ohne die Abschreckung durch Atomwaffen wäre die Gefahr eines konventionellen Krieges in Europa viel größer.

As a general goal, which of these two do you think is more desirable? The elimination of all nuclear arms in the world, or, for a few major countries including the U.S. to have enough nuclear arms so no country would dare attack them.

Verhalten bei einem östlichen Angriff:

Wie würden Sie sich bei einem bewaffneten Angriff auf die Bundesrepublik verhalten? Würden Sie mit der Waffe kämpfen, würden Sie, wenn Sie nicht ausgebildet sind, irgendwie kämpfen und sich wehren oder würden Sie beides ablehnen?

I'm going to name some countries and situations where the use of U.S. military force might be considered. For each case, please tell me which of the following four options is the strongest action that the United States should take - stay out of the conflict entirely, use only diplomatic and political pressure against the aggressor nation, send military supplies and aid to the country under attack, or send American troops to assist the attacked country: Soviet and East German forces invade West Berlin.

Verhalten bei östlichem Kernwaffeneinsatz gegen NATO Verbündete:

I'm going to read you several situations, and after each one, please tell me whether the U.S. should use nuclear weapons or try to resolve the situation through other means: The Soviet Union uses nuclear weapons against one of our NATO allies.

Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO:

Über die Frage des Bündnisses wird in der Bundesrepublik öfters debattiert. Was meinen Sie dazu: Sollten wir der NATO auch weiterhin in unveränderter Form angehören, sollten wir anstreben, einer mehr aufgelockerten oder aber einer mehr gefestigten NATO anzugehören, halten Sie es für besser, aus der NATO auszuscheiden, oder was meinen Sie sonst?

Abzug amerikanischer Truppen:

Wären Sie, alles in allem, für einen Abzug bzw. Teilabzug der Amerikaner aus der Bundesrepublik oder sind Sie dagegen, daß die Amerikaner abziehen?

Some people believe that we should bring our troops home and limit our military involvement to defending only our own borders - that we should gradually end our treaty commitments and let our allies take care of themselves. Would you say you strongly favor, somewhat favor, somewhat oppose, or strongly oppose this idea?

Nutzen der amerikanischen Truppenpräsenz für das eigene Land:

Wem nützt die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik am meisten, nützt sie vor allem den Amerikanern selbst, vor allem uns, allen beiden oder niemandem?

Now I'm going to read you some arguments for why we should not reduce the amount of money we are spending to defend Western Europe and Japan. After each one, please tell me if you find it extremely convincing, very convincing, somewhat convincing, or not very convincing at all.

When we spend money to defend Western Europe and Japan we are guarding against Soviet aggression. This is well worth the money because it stops Soviet expansion, protects our own national security, and maintains world peace.

Cutting our foreign defense budget would reduce our influence with other nations, making us less of a world power than we are today. As a world power we have an obligation to help defend our allies.

If we don't defend our allies, the Soviets will gain too much influence in their affairs, which would be detrimental to U.S. interests.

Ausgaben für die Sicherheit Europas:

Now I'm going to read some estimates of the budgets for three functions provided by our military. ... About 50%, or \$150 billion, goes to the budget for defending Europe - conventional air, naval, and ground forces intended to defend Western Europe from Soviet attack. ... For each, should we be spending more, less, or about the same amount on it?

USA können sich die Verteidigung der Verbündeten nicht leisten:

Now, I'm going to list some arguments for and against the idea of defending only our own borders. For each, please tell me if you strongly agree, somewhat agree, somewhat disagree, or strongly disagree: We can't afford to defend so many nations.

Höhe der Verteidigungsausgaben:

Gibt Ihrer Meinung nach die Bundesrepublik viel zu viel, zuviel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für Ihre Verteidigung aus?

In terms of the amount of money the government in Washington spends for national defense and military purposes, do you think we are spending too little, too much, or about the right amount?

Bundeswehr sichert den Frieden:

Glauben Sie, daß durch die Existenz der Bundeswehr eine wirksame Verständigungspolitik mit dem Osten gestört und damit eher eine Gefahr für den Frieden gegeben ist oder glauben Sie, daß die Existenz der Bundeswehr den Frieden sicherer macht?